

Auf geht's, Freiburg!

Programm der Freien Demokraten
zur Wahl des Freiburger Gemeinderats 2024

**Freie
Demokraten**

Kreisverband
Freiburg **FDP**

Bei der Kommunalwahl 2024 stellen wir uns dem demokratischen Wettbewerb um die besten Ideen und fähigsten Persönlichkeiten, um im Gemeinderat die weitere Entwicklung der Stadt Freiburg zu gestalten. Wir verstehen uns als politische Kraft der Mitte, die freiheitliche Lösungen sucht, um allen Menschen heute und in Zukunft Chancen auf ein selbstbestimmtes Leben in Eigenverantwortung, Wohlstand und Frieden zu ermöglichen.

Globale Krisen, hohe Inflation oder eine zu niedrige Wirtschaftsleistung hinterlassen auch in Freiburg Spuren. Das ist jedoch kein Grund, die Köpfe hängen zu lassen, sondern ist Antrieb für uns, mit den erfolgreichen Instrumenten der sozialen Marktwirtschaft, mit einer soliden Finanzpolitik und einem geschickten Einsatz knapper Ressourcen bei klarer Prioritätensetzung die immer neuen politischen Herausforderungen anzupacken.

Ausreichend Wohnraum zu schaffen, ein leistungsfähiges Verkehrssystem für alle vorzuhalten, die Chancen der Digitalisierung zu ergreifen, aber auch dem Klimawandel zu begegnen oder die Wirtschaftsleistung zu stärken, sind zentrale Aspekte unserer Programmatik.

Freiburg ist und bleibt eine liebenswerte Stadt in großartiger Lage, voller kultureller Vielfalt und mit dem Potenzial, durch nachhaltiges Wachstum in Verantwortung für kommende Generationen Vorbild für andere Kommunen zu sein.

Dabei gilt es immer wieder Herausforderungen zu meistern, die wir mit Kraft, Elan und Ideenreichtum anpacken. Im Folgenden gehen wir ausführlicher auf einzelne Themen ein, ohne den Anspruch auf Vollständigkeit zu haben, da uns jeden Tag auch spannendes Neues erwartet.

Weltbeste Bildung für jeden	3
Kitas, Schulen, berufliche Bildung, Sprachförderung	
Vorankommen durch eigene Leistung	6
Wirtschaft, Mobilität, Wohnraum	
Selbstbestimmt in allen Lebenslagen	15
Ehrenamt, Integration, Mitbestimmung, Sport, Kultur	
Politik, die rechnen kann	20
Haushalt, Steuern, Investitionen	
Ein unkomplizierter Staat	22
Bürgerservice, Open Data, Gemeinderat	
Nachhaltigkeit durch Innovation	23
Umwelt, Energie, Innovation	
Freiheit und Menschenrechte weltweit	25
Offene Gesellschaft, Sicherheit, Städtepartnerschaften	

Weltbeste Bildung für jeden

Bildung beginnt in der Kita

Soziales Verhalten, gesunde Ernährung und Bewegung, sprachliche Entwicklung - all das sind wertvolle Bausteine, die in unserer vielfältigen Kita-Landschaft dazu beitragen, schon die Jüngsten an unsere Gesellschaft heranzuführen. Auch Themen wie Inklusion, Diversität, Partizipation und Geschlechtergerechtigkeit beginnen bereits in der Kita.

In Freiburg haben ungefähr die Hälfte der Drei- bis Sechsjährigen einen Migrationshintergrund. In vielen Elternhäusern wird kaum bis gar kein Deutsch gesprochen. Um die Bildungs- und Startchancen dieser Kinder zu verbessern, müssen sie früh Deutsch lernen - je früher, desto besser. Deswegen braucht die Sprachförderung in Kindertagesstätten eine hohe Priorität.

Ganztagesbetreuung an Kindertagesstätten ausbauen

Berufstätige Eltern sind auf eine ausreichende Betreuung in der Kindertagesstätte angewiesen. Die heutigen Schließzeiten von Kindertagesstätten passen jedoch häufig immer noch nicht zu den Arbeitszeiten der Eltern; Kinderbetreuung und Arbeitswelt müssen optimal aufeinander abgestimmt sein, damit die Vereinbarkeit von Familie und Beruf nicht nur eine leere Worthülse bleibt. Daher setzen wir uns in Freiburg für eine durchgängige und zeitlich flexibel gestaltbare Kinderbetreuung in möglichst vielen Einrichtungen ein. Auch eine nächtliche Betreuung für Eltern mit besonderem Bedarf z.B. aufgrund von Schichtarbeit oder Krankheit wollen wir angehen, beispielsweise durch die Zusammenarbeit von mehreren Einrichtungen.

Kita-Platz-Vergabesystem reformieren

Die Kita-Platzvergabe wird in Freiburg über eine zentrale Vormerkstelle koordiniert. Viele Kitas nehmen jedoch, basierend auf zahlreichen Rückmeldungen aus der Elternschaft, eher Kinder auf, deren Eltern zuvor direkt mit der Kita Kontakt aufgenommen haben. Ein faires Vergabesystem muss sich an klaren Kriterien orientieren und darf ungerechtfertigte Bevorzugungen nicht zulassen. Vor allem darf es nicht dazu führen, dass Kinder mit dem dringendsten Bedarf keinen Platz bekommen, weil die Eltern nicht die Zeit finden oder über die notwendige sprachliche Kompetenz verfügen. Wir setzen uns für ein faires und transparentes Vergabeverfahren ein.

Mehr Betreuung für die Kleinsten anbieten

Freiburg verfehlt regelmäßig die Zielvorgaben für den Kita-Ausbau, die darüber hinaus nicht einmal ambitioniert genug sind. So haben junge Familien oft das Problem, dass sie keine oder keine ausreichende Kinderbetreuung finden. Darunter leiden Eltern und Kinder zugleich - weil der Wiedereinstieg in den Beruf nach der Elternzeit nicht funktioniert oder weil der Zugang zu frühkindlicher Bildung versperrt bleibt. Wir setzen uns dafür ein, dass die Versorgungsquote bei Kita-Plätzen steigt; auch ein Ausbau der Tagespflege ist notwendig, etwa durch städtische Förderung für organisierte Angebote durch Tagesmütter und -väter. Diese Ausgaben sind gut angelegt - für gute frühkindliche Bildung, für die Vereinbarkeit von Kindererziehung und Beruf, für die wirtschaftliche Eigenständigkeit von Familien und Alleinerziehenden und für die frühe sprachliche, kulturelle und soziale Integration.

Schulplätze schaffen und Schulen sanieren

Die Bevölkerung in Freiburg wächst stetig, sowohl von innen heraus als auch durch Zuzug von außen. Eine der kommunalen Hauptaufgaben ist es, ausreichend Schulen und Räume vorzuhalten. Der letzte Schulentwicklungsplan hat gezeigt, wie sehr Freiburg schon heute im Hintertreffen ist und welche Anstrengungen erforderlich sind, um zukunftsfest zu sein. Die Raumkapazitäten dürfen dabei nicht auf Kante genäht sein und müssen der Vielfältigkeit der Schullandschaft Rechnung tragen.

Mit der auf Landesebene angedachten Wiedereinführung von G9 wird sich das Problem schnell verschärfen. Denn für ein weiteres Schuljahr in den Gymnasien braucht es nicht nur mehr Lehrkräfte, sondern auch mehr Räume. Nach dem Beschluss zur Errichtung von Gemeinschaftsschulen im neuen Stadtteil Dietenbach und am Tuniberg müssen nun dringend neue Gymnasialplätze geschaffen werden. Eine weitere einseitige Fokussierung auf Gemeinschaftsschulen lehnen wir ab, sondern wollen das Schulsystem in seiner Vielfalt stärken.

Die Emil-Gött-Grundschule ist die Schule für alle Grundschul Kinder in Zähringen. Nun soll Zähringen mit der Bebauung „Höhe“ und der diskutierten Bebauung Richtung Gundelfingen weiterwachsen. Damit stößt die Emil-Gött-Schule an ihre Grenzen. Um neue Kapazitäten zu schaffen und Grundschulkindern keinen allzu weiten Weg zuzumuten, halten wir eine neue Grundschule im Freiburger Norden für erforderlich.

Und nach vielen Jahren und einigen gescheiterten Anläufen müssen die leerstehenden Räume des Lycée Turenne endlich saniert und dann wieder für Unterricht genutzt werden.

Sanierung beruflicher Schulen voranbringen, Standorte sichern

Berufliche Schulen sind ein wesentlicher Bestandteil unseres erfolgreichen Schulsystems und wichtiger Garant für die Bereitstellung dringend benötigter Fachkräfte. Daher muss die lange vernachlässigte Sanierung der beruflichen Schulen in Freiburg vorgebracht und mit Nachdruck verfolgt werden. Uns ist es auch wichtig, berufliche Schulen und die hier angesiedelten Ausbildungsberufe in der Stadt zu halten. Mögliche Verlagerungen aus der Stadt ins Umland im Rahmen der Struktur- und Entwicklungsplanung werden wir kritisch prüfen.

Digitalisierung an Freiburger Schulen konsequent umsetzen

Wir begrüßen die Bemühungen der Verwaltung zur Förderung des digitalen Lernens in unseren Schulen. Aber es gibt noch viel zu tun: Schulen brauchen mehr Unterstützung bei medienpädagogischen Konzepten; die Anbindung an eine übergreifende Schul-Cloud wie Schule@BW ist notwendig; und Investitionen in technische Ausstattung und bauliche Maßnahmen müssen schneller geplant und getätigt werden: Bei den raschen Veränderungen im Bereich Digitalisierung ist ein Ausbauziel von über 7 Jahren bei Glasfaser, WLAN und Geräteausstattung nicht angemessen. Die Voraussetzungen dafür, dass digitale Lernangebote überhaupt erst möglich werden und Schülerinnen und Schüler den kompetenten und reflektierten Umgang mit digitalen Medien lernen, müssen viel schneller geschaffen werden. Dazu gehören auch funktionierende Betriebs- und Wartungskonzepte für digitale Infrastrukturen und technisches Gerät; und es braucht ausreichend Personal, das Nutzerinnen und Nutzer unterstützt und sich um Hard- und Software kümmert.

Digitalisierung in der beruflichen Bildung voranbringen

Die Digitalisierung und KI-gestützte Systeme verändern Arbeitsprozesse und Arbeitswelten in Unternehmen tiefgreifend; das Schlagwort „Industrie 4.0“ steht für zunehmende Automatisierung und digitale Vernetzung nicht nur in produzierenden Unternehmen. Diese Entwicklungen im betrieblichen Alltag erfordern entsprechende Investitionen in Ausstattung und Infrastruktur für die berufliche Bildung. Dies ist keine ausschließlich städtische Aufgabe. Wir sehen darin ein Anliegen, dem sich – nicht nur aus Gründen der Finanzierung – Stadt und Unternehmen gemeinsam widmen müssen. Daher treten wir für neue Kooperationsmodelle ein, etwa bei der Einrichtung von Kompetenzzentren und überbetrieblichen Berufsbildungsstätten, in denen die digitale Arbeitswelt erfahrbar und erlernbar wird.

Engagement an Schulen unterstützen

Wir setzen uns dafür ein, das Engagement an Schulen zu stärken. Wir finden, dass die aktive Beteiligung von Schülerinnen, Schülern, Eltern und Lehrkräften an schulischen Aktivitäten und Projekten entscheidend ist für eine lebendige Schulgemeinschaft. Daher wollen wir freiwilliges Engagement fördern. In Projektwochen zum Beispiel zur Umgestaltung von Klassenräumen und Schulhöfen können Eltern, Schülerinnen und

Schüler ihre Ideen und Talente für ihre Schule einbringen. Wir wollen auch Schulen dabei unterstützen, Partnerschaften mit lokalen Unternehmen, gemeinnützigen Organisationen und anderen Bildungseinrichtungen zu schließen. So entsteht ein vielfältiges Angebot an außerschulischen Aktivitäten und Projekten, die Schule nicht nur zu einem Lern-, sondern auch zu einem Lebensraum machen können.

Schulkindbetreuung nach dem Unterricht

Viele Eltern stehen vor der Herausforderung, ihre Arbeit und die Betreuung ihrer Kinder zu koordinieren, besonders in Baden-Württemberg, wo Ganztagschulen nicht die Norm sind. Eine verlässliche Betreuung nach der Schule ist entscheidend damit Mütter und/oder Väter ihren Berufen nachgehen können, ohne sich ständig Sorgen um das Wohl ihrer Kinder machen zu müssen. Die Nachmittagsbetreuung umfasst etwa Hausaufgabenbetreuung, Freizeitaktivitäten und sportliche Programme, die nicht nur die Betreuungslücke schließen, sondern auch die sozialen und kognitiven Fähigkeiten der Kinder fördern. Wir unterstützen daher Initiativen, die Nachmittagsbetreuung in Freiburg sicher zu stellen und auszuweiten.

Schulsozialarbeit

Die Schulsozialarbeit spielt eine entscheidende Rolle bei der Unterstützung von Schülerinnen und Schülern über den regulären Unterricht hinaus. Die Arbeit der Lehrkräfte kann sich auf das Wesentliche reduzieren: Bildung und Erziehung. Schulsozialarbeit ist besonders wichtig für Familien, die nicht Deutsch als Haushaltssprache sprechen, und kann bei Behördengängen, Bewerbungen und der Suche nach Ausbildungsplätzen helfen. Durch diese Unterstützung wird der schulische Erfolg ermöglicht oder erleichtert, was zu einer gerechteren und integrativeren Gesellschaft beiträgt. Die Forderung nach einer Verstärkung der Schulsozialarbeit durch entsprechend ausgebildete Fachkräfte an allen Schulformen, einschließlich Gymnasien, spiegelt die wachsende Heterogenität der Schülerschaft wider und unterstreicht die Notwendigkeit, alle Schülerinnen und Schüler unabhängig von ihrem sozialen oder kulturellen Hintergrund zu unterstützen. Wir setzen uns daher ein für ausreichende Kapazitäten bei der Schulsozialarbeit in Freiburg in allen Schulen.

Start-up-Inkubatoren

Junge Menschen sind vielseitig talentiert - und wir müssen ihnen mehr Vertrauen schenken. „Start-Up Inkubatoren“ fördern Interessen und Kompetenzen; ein jährlicher „Innovations-Slam“ mit Schülerinnen und Schülern und Personen mit Erfahrung mit Unternehmensgründungen eröffnet Perspektiven; Workshops, Q&A-Formate und Gründer-Tandems fördern den Erfahrungsaustausch und kreative Ideen. Solche Möglichkeiten muss es für Schülerinnen und Schüler aller Schulformen geben. So finden alle ihren Raum, um ihre Ideen zu verwirklichen, ihre Fähigkeiten zu entwickeln und ihre kreative Vielfalt zu zeigen.

Integration durch Sprachförderung und Bildungschancen erleichtern

Unsere Vision für Bildung ist umfassend und schließt die Förderung von Sprachkompetenzen für Migrantinnen und Migranten ein. Wir setzen uns dafür ein, mehr Lehrkräfte mit Migrationserfahrung zu gewinnen und zu fördern. Dies trägt dazu bei, dass Schülerinnen und Schüler sich besser repräsentiert fühlen und von vielfältigen Perspektiven profitieren können. Gleichzeitig engagieren wir uns für eine ganzheitliche Integration von Menschen mit Migrationshintergrund in den Bildungsbereich und darüber hinaus. Wir setzen auf einen leichteren Zugang zu Sprachkursen und Bildungsprogrammen, um eine reibungslose Integration in Bildungseinrichtungen sicherzustellen. Zusätzlich unterstützen wir Programme, die Migrantinnen und Migranten den Zugang zu Ausbildungs- oder Weiterbildungsmaßnahmen erleichtern und ihre Integration in den Arbeitsmarkt fördern. Wir sehen in der Zusammenarbeit von Ausländerbehörde und örtlichen Kammern eine Möglichkeit, die Arbeitsmarktintegration von Zugewanderten zu erleichtern.

Vorankommen durch eigene Leistung

Wirtschaft, Handel und Gewerbe stärken

Für eine prosperierende Stadt braucht es gute wirtschaftliche Rahmenbedingungen, ein starkes Verkehrsnetz für ganz unterschiedliche Mobilitätsbedürfnisse sowie die Nutzung moderner Techniken und eine effiziente Verwaltung.

Privatwirtschaft den Rücken stärken

Kleine und mittelständische Unternehmen, Gewerbebetriebe, Handel und Dienstleister sind der Motor unserer städtischen Gesellschaft. Sie stellen Arbeitsplätze bereit, sorgen für Stabilität und Innovation und zahlen Steuern, die dem Gemeinwohl zugutekommen. Viele Unternehmerinnen und Unternehmer sind sich darüber hinaus ihrer gesellschaftlichen Verantwortung bewusst und engagieren sich auch in ihrer Freizeit - zum Beispiel ehrenamtlich - für unsere Stadt. Es ist nicht nur legitim, sondern sogar wünschenswert, dass diese Betriebe Gewinne erwirtschaften, die dann wieder in neue Projekte, in neue Arbeitskräfte und neue Entwicklungen reinvestiert werden. Als Freie Demokraten stehen wir daher hinter den Akteurinnen und Akteuren der Privatwirtschaft und wollen für diese günstige Rahmenbedingungen in dieser Stadt schaffen. Nur so können Wohlstand und sozialer Zusammenhalt gewährleistet werden. Der Hang zu immer mehr Staat und Verwaltung, als auch die Erwartung, dass immer mehr "vom Staat" geregelt werden muss - diese Einstellung halten wir für falsch. Wir brauchen mehr unternehmerisches Denken und Handeln - nicht zum Wohle einzelner, sondern auch im Interesse der ganzen Stadt. Denn an der Güte des Wirtschaftsstandorts Freiburg entscheidet sich auch, ob soziale, kulturelle und ökologische Projekte unterstützt werden können. Dafür braucht es Rückendeckung aus der Politik und eine Wirtschaftsförderung der FWTM, die ihren Namen auch verdient.

Mehr Gewerbeflächen für Handwerk und Handel schaffen

Der Wohnungsmarkt ist angespannt, und mehr Wohnraum ist wichtig. Aber bei Unternehmen, Handwerk und Handel ist die Lage auch nicht besser; Gewerbeflächen sind knapp und teuer. Und das ist eine Gefahr für die wirtschaftliche Entwicklung der Stadt. Wir brauchen daher dringend zusätzliche Gewerbeflächen; im kommenden Flächennutzungsplan 2040 müssen neben Wohngebieten auch Gebiete für gewerbliche Nutzung ausgewiesen werden. Das muss nicht zu unnötiger Versiegelung und Flächenfraß führen. Wie bei der Innenentwicklung des Wohnraums (Lückenschluss, An- und Neubau, flexible Nutzung) kann eine intensivere Nutzung vorhandener Flächen neue Möglichkeiten für die Wirtschaft bieten; durch gezielte Maßnahmen im Bereich der Begrünung von Gewerbeobjekten, Nutzung regenerativer Energien, optimaler verkehrlicher Anbindung, Regenretention und Versickerung sowie weiterer Bausteine lassen sich heute Gewerbeflächen nachhaltig und umweltbewusst entwickeln; auch interkommunale Gewerbegebiete bieten trotz aller Hürden auch Chancen. Wir wollen hier mit den Umlandgemeinden im Austausch auf Augenhöhe bleiben.

Aktive und attraktive Innenstadt fördern

Die Innenstadt ist ein Ort, der bunt und vielfältig sein soll. Dazu gehört eine gute Mischung aus Gastronomie, Einzelhandel und Kultur. Die Münsterplatzkonzerte oder die Food-and-Fashion-Days sind erfolgreiche Schritte in diese Richtung. Aber wer eine attraktive Innenstadt möchte, muss für alle Bevölkerungsgruppen interessante Angebote schaffen oder zulassen. Wir setzen uns daher für eine "Kulturisierung" des öffentlichen Raums ein - durch Konzerte, Theateraufführungen unter freiem Himmel oder Ausstellungen. Hier ist noch vieles möglich. Aber die Verwaltung muss nicht alles selbst machen; sie muss sich manchmal einfach nur zurücknehmen und Initiativen zulassen, Räume für Kreativität öffnen und Engagement für die Innenstadt ermöglichen.

Die Innenstadt kann durch bauliche und ästhetische Maßnahmen attraktiver werden. Spielplätze, Beleuchtung, Umgestaltungen wie im Colombipark, die Aufwertung der Rathausgasse oder ein Begrünungskonzept sind Bausteine für eine hohe Aufenthaltsqualität. Auch die City-Initiative ist ein guter Ansatz, um die Interessengruppen der Innenstadt und ihre unterschiedlichen Ideen zusammenzuführen. Wertvoll sind auch kleinere

Initiativen, die sich - wie in der Schneckenvorstadt - durch Veranstaltungen, gewerbliche und gastronomische Angebote und profilbildende Aktionen um die Identität und Attraktivität ihres Quartiers kümmern. Das ist ein Engagement, das wir gerne fördern - zum Beispiel durch ein app-gesteuertes "Loyalitätsprogramm", an dem sich möglichst viele Handels- und Gastronomiebetriebe beteiligen und das Besucherinnen und Besucher enger mit der Innenstadt verbinden kann. Dauerhafter Leerstand bei Gewerbeimmobilien muss konsequent vermieden werden. Bei diesem Thema ist vor allem die FWTM gefordert, zum Beispiel, wenn es um kurzfristige Pop-Up-Lösungen geht oder Interessenten aus der Wirtschaft für neue Projekte zu finden. Die Gelder aus der Bettensteuer können auch zur Finanzierung solcher Projekte eingesetzt werden, wenn sie der Belebung und der Attraktivität der Innenstadt dienen. Und zu einer attraktiven Innenstadt gehört auch: Sie muss mit dem Auto, dem ÖPNV und dem Fahrrad gut erreichbar sein.

Verkaufsoffene Sonntage sind aufgrund des Fachkräftemangels derzeit kein Thema. Gleichwohl wollen wir von der Option Gebrauch machen, wenn Handel und Gastronomie darin wieder einen wichtigen Schritt zur Belebung der Innenstadt sehen. Einzelhändlerinnen und -händler sollen die Freiheit haben, ihr Geschäft zu öffnen, wenn sie das wollen; einen Zwang zur Öffnung soll es nicht geben.

Genuss und Feiern in Freiburg ermöglichen

In einer Stadt muss man sich wohlfühlen können. Neben einem breiten kulturellen und sozialen Angebot sowie Raum zur Erholung gehört dazu auch die Möglichkeit, allein oder gemeinsam mit anderen Menschen zu feiern und zu genießen. Ein vielfältiges gastronomisches Angebot, eine ausgeprägte Festkultur, aber auch ein lebendiges Nachtleben gehören zu einer weltoffenen und lebensbejahenden Stadt. Freizeit verbringt man auch gerne in Cafés, auf Plätzen, an der Dreisam, an den Seen und an bekannten Spots wie der Blauen Brücke. Feiern und Genießen, ob im Freien oder innerhalb von Räumen, ob bei kommerziellen Betreibern oder in öffentlichen Stationen - das alles ist Teil der Lebenskultur in Freiburg und soll es auch bleiben. Wir wenden uns gegen starre und enge Sperrzeiten; wir sind für die Flexibilisierung von Öffnungszeiten auch beim Weihnachtsmarkt. Restriktionen darf es nur dann geben, wenn die Freiheit anderer übermäßig eingeschränkt wird. Wir setzen uns dafür ein, dass Eigenverantwortung und gegenseitiger Respekt im öffentlichen Zusammenleben nicht verloren gehen.

Tourismus als Standortfaktor

Der Tourismus in Freiburg ist eine klassische Querschnittsbranche. Der Einzelhandel, regionale Produzenten sowie das Handwerk profitieren vom Tourismus. Es gibt kaum einen Wirtschaftsbereich, der nicht vom Tourismus profitiert. Mit über 2 Millionen Übernachtungen ist Freiburg eine sehr beliebte Reisedestination. Wir setzen uns für einen nachhaltigen und hochwertigen Tourismus in unserer Stadt ein. Es war richtig, dass Freiburg ein Tourismuskonzept mit unserer intensiven Begleitung auf den Weg gebracht hat. Wir verfolgen den Grundsatz: Die Akzeptanz durch die Bürgerinnen und Bürger ist wichtig; Touristische Maßnahmen müssen zuerst der Stadt und ihrer Bevölkerung zugutekommen; unsere Gäste dürfen sich dann darüber freuen. Die Fortschreibung des Tourismuskonzeptes (TK2) war somit richtig und wichtig für die Weiterentwicklung der Destination Freiburg. Auf unsere Initiative hin wurde zudem ein Hotelkonzept implementiert und verabschiedet, dass nun Rahmenbedingungen für die zukünftige Entwicklung des Freiburger Hotelmarkt vorgibt. Der Tourismusbeirat ist mittlerweile zu einem unverzichtbaren Beratungsgremium geworden, der die Entwicklung der Destination Freiburg begleitet. Um die Verankerung des Tourismusbeirates in der für den Tourismus zuständigen Gesellschaft FWTM weiter zu festigen, werden wir uns dafür einsetzen, dass die Sprecherin bzw. der Sprecher des Tourismusbeirates zukünftig mit einem stimmberechtigten Sitz im FWTM-Aufsichtsrat vertreten ist.

Die Bettensteuer hat sich als zielführendes Finanzierungsinstrument für touristische Maßnahmen entwickelt. Wohl wissend, dass diese Steuer in den Gesamthaushalt der Stadt Freiburg einfließt, werden wir uns dafür einsetzen, dass ein noch größerer Anteil aus der Bettensteuer für touristische Maßnahmen und Projekte, die der Stadt und den Bürgerinnen und Bürgern zugutekommt, eingesetzt wird. Wir halten nach wie vor an dem Grundsatz „Alles über 1 Mio Euro für den Tourismus“ fest.

Gastronomie unterstützen

Freiburg hat eine gute und vielfältige Gastronomie. Sie ist ein wesentliches Merkmal der Attraktivität Freiburgs. Menschen genießen es, sich gerade aufgrund des mediterranen Flairs in Cafés und Bars zu treffen. Sie erfreuen sich aber auch an dem vielfältigen Restaurantangebot mit weitgehend hochwertigen Speisen und einer Restaurantlandschaft, die vom Geist der Nachhaltigkeit und der Regionalität geprägt ist. Aber das ist keine Selbstverständlichkeit. Was mit viel Unternehmergeist und Freude am Geschäft entwickelt wird, trifft häufig auf bürokratische Hürden und kleinteilige Regelungen. Hier gilt es, seitens der Verwaltung Großzügigkeit walten zu lassen, beispielsweise mit Blick auf Konzessionen, wo immer das möglich ist. Ein gelungenes Beispiel war die Ausweitung und Verstärkung der Außengastronomie.

Für den wirtschaftlichen und gastronomischen Erfolg ihres Angebots sind natürlich die Betreiberinnen und Betreiber selbst verantwortlich; aber auch der Rahmen aus kommunalen Regelungen und Vorgaben muss stimmen. Und dieser kann durchaus breiter gezogen werden. Dafür setzen wir uns ein. Gleiches gilt auch für den Betrieb von Clubs und Bars im Bereich des Nachtlebens.

Fachkräfte gewinnen und Verwaltung optimieren

Wir setzen auf gezielte Anwerbeprogramme in Kooperation mit örtlichen Kammern, insbesondere in Branchen wie z.B. der Gastronomie und Handwerk, um dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken. Das neue Fachkräfteeinwanderungsgesetz eröffnet dazu den rechtlichen Rahmen und größere Spielräume. Bei Anwerbeprogrammen kann die "Marke" Freiburg und der positive Ruf der Stadt hilfreich sein und sollten dafür genutzt werden. Gleichzeitig streben wir eine Optimierung der Ausländerbehörde an, indem wir sie unbürokratischer gestalten, digitalisieren und mit ausreichendem Personal ausstatten. Diese Maßnahmen zielen darauf ab, sowohl die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit als auch die Integrationsprozesse effizient zu gestalten und so einen nachhaltigen Beitrag zur positiven Entwicklung unserer Gemeinschaft zu leisten. Wir halten es auch für sinnvoll, Möglichkeiten der Zusammenarbeit zwischen den Ämtern von Stadt und Landkreis bei Fragen der Migration und Integration zu prüfen und im Interesse von mehr Effizienz und gegenseitiger Unterstützung zu nutzen.

Messestandort Freiburg hinterfragen

Wir werden den Messestandort kritisch hinterfragen und überprüfen, welches Messeangebot für Freiburg noch zielführend ist. Viele Konsummessen im sogenannten B2C-Bereich sind in den letzten Jahren Stück für Stück erodiert und haben an Attraktivität verloren. Gleichzeitig scheint es noch einen Bedarf im Geschäftsbereich (B2B) zu geben. Damit einher geht die Möglichkeit, Freiburg stärker als Kongressstandort zu etablieren. Gerade durch die Existenz einer starken Universität, vielen wissenschaftlichen Instituten und bedeutsamen Unternehmen im Gesundheitssektor liegt es nahe, hier das Kongresswesen zu stärken, was auch im wirtschaftlichen Interesse Freiburgs liegt. Denn solche Veranstaltungen lösen anders als Messen mit reinem Tagesbesuch auch Übernachtungen aus, wovon Hotellerie, Gastronomie, aber auch Handel und Dienstleistungsgewerbe profitieren können. Diese Verbindung kann auch den Flächen rund um die Messe eine neue Ausrichtung geben. Wir sehen dort Potenzial für die dynamische Verbindung von wissenschaftlicher, technischer und sozialer Innovation mit neuen Formen des Wohnens, Produzierens und Experimentierens. Ein Zukunftskonzept für das aktuelle Messegelände bzw. umliegende Flächen in diesem Areal, das in diese Richtung weist, findet unsere Unterstützung.

Für all das braucht es aber ein starkes Marketing und einen Vertrieb, der gezielt potenzielle Interessentinnen und Interessenten anspricht und akquiriert.

Flugplatz nicht leichtfertig aufgeben

1995 hat sich eine deutliche Mehrheit der Bevölkerung, wenngleich auch unter Verfehlung des erforderlichen Quorums, für den Erhalt des Flugplatzes ausgesprochen. Aktuell besteht bei Teilen des Gemeinderats und der Verwaltung die Tendenz, den Flugplatz aus politischen Gründen aufzugeben. Wir halten das für zu kurz gesprungen und fordern stattdessen kreative Ideen, wie der Flugplatz zu einer modernen und zugleich um-

weltgerechten Mobilitäts- und Verkehrskomponente weiterentwickelt werden kann. Die Entwicklungen bei Flugtaxi, Drohnen, luftbasierten Transport- und Logistiksystemen etc. sind viel zu dynamisch, als dass man nicht über deren Integration in die städtische Mobilitätsinfrastruktur nachdenken sollte. Auch die bereits bestehende Anbindung an die städtische Verkehrsinfrastruktur (VAG-Anschluss), an Fernstraßen (A5), überregionale Bahnstrecken (Rheintalbahn), an vorhandene (SC-Stadion) oder noch zu schaffende (Eisstadion) Sportstätten sind Elemente, mit denen sich der Flugplatz neu denken und entwickeln lässt. So kann er eine Chance haben und zur Stadtentwicklung beitragen. Wir sehen die Gefahr: Ist bestehende Infrastruktur einmal beseitigt, ist sie nicht wieder zurückzuholen; sie steht für zukunftsorientierte Überlegungen und entsprechende städtebauliche Entwicklungen nicht mehr zur Verfügung. Diese Chance dürfen wir nicht unreflektiert hinterfragen.

Die Entscheidung über den Erhalt oder die Schließung des Flugplatzes sollte nicht der Gemeinderat allein treffen, sondern von sich aus einen Bürgerentscheid initiieren - auch mit Blick auf das letzte Votum. Sollte sich dabei eine Mehrheit für eine Schließung aussprechen, so sehen wir grob eine Drittelung der Flächen. Mindestens ein Drittel sollte als Grünflächen erhalten bleiben, ein Drittel sollte Universität und weiteren Forschungsinstituten (z.B. Fraunhofer Gesellschaft) zur Verfügung stehen und ein weiteres Drittel sollte dann für dringend benötigte Gewerbeflächen entwickelt werden.

Mobil in Freiburg

Mobilität ist ein wesentliches Grundbedürfnis in unserer Stadt. In allen Lebenslagen und zu jeder Zeit sind wir in Freiburg unterwegs. Dabei gibt es so viele unterschiedliche Mobilitätsbedürfnisse, wie es Einwohnerinnen und Einwohner gibt. Wir wollen unterschiedliche Verkehrsträger nicht gegeneinander ausspielen, sondern miteinander verbinden. Ob Auto, Fahrrad oder ÖPNV, sie alle haben ihre Berechtigung und sie alle müssen Teil eines funktionierenden und leistungsfähigen Verkehrssystems sein, das einerseits die verschiedenen Mobilitätsbedürfnisse befriedigt und andererseits eine umweltfreundliche Mobilität ermöglicht.

Straßen und Schiene ausbauen

Selbstbestimmte Bürgerinnen und Bürger brauchen eine gute Verkehrsinfrastruktur. Berufliche Flexibilität, das Wahrnehmen von Bildungschancen, Vereinbarkeit von Beruf und Familie - viele Herausforderungen im Alltag hängen direkt mit einer leistungsfähigen Verkehrsinfrastruktur zusammen. Daher setzen wir uns für den konsequenten Ausbau von Schienen und Straßen ein. Wir brauchen endlich eine Entscheidung zur B31 West und schnellere Planungen für den Baubeginn beim Stadttunnel; wir sind für den Ausbau der A5 und die Erweiterung der Rheintalbahn um ein 3. und 4. Gleis. Freiburg selbst muss vor allem die Infrastruktur für den Radverkehr ausbauen und um leistungsfähige Radvorrangrouten sowie Radschnellwege erweitern. Und schließlich braucht es weitere Kapazitäten bei der Breisgau S-Bahn. Mit diesen Maßnahmen kann dem Mobilitätsbedarf einer wachsenden Bevölkerung in der Stadt und den Umlandgemeinden Rechnung getragen werden. Dabei ist für uns klar: Man darf Verkehrswege und Verkehrsträger nicht gegeneinander ausspielen; auch die Bedarfe von Anwohnerinnen und Anwohnern müssen berücksichtigt werden; und wir brauchen ein friedliches, respektvolles Miteinander aller Teilnehmenden am Verkehr.

Freiburg weiter mit öffentlichen Verkehrsmitteln erschließen

Freiburgs ÖPNV ist gut ausgebaut und wird viel genutzt. Aber die Tuniberg-Gemeinden sind noch nicht optimal angebunden, auch wenn die Einrichtung der Schnellbuslinie 37 ein wichtiger erster Schritt war. Innenstadt und Arbeitsplätze müssen schnell und unkompliziert mit öffentlichen Verkehrsmitteln erreichbar sein. Das langfristige Ziel kann eine Stadtbahnlinie an den Tuniberg sein. Kurzfristig soll vor allem die Querverbindung entlang des Tunibergs mit Anschluss an die Breisgau S-Bahn realisiert werden; mit Bussen und Fahrradwegen ist das möglich. Aber es müssen auch neue Formen der Mobilität mitgedacht werden, also 'Smart Bus'-Systeme und autonome Fahrdienste, die auf Nachfrage und auf flexiblen Routen entsprechend dem konkreten Bedarf fahren. Entsprechende Konzepte müssen dafür entwickelt werden. Wir setzen uns für ein Pilotprojekt unter wissenschaftlicher Begleitung und Mitwirkung örtlicher Forschungseinrichtungen ein.

VAG-Netz ausbauen

Das VAG-Netz ist dicht, und in den letzten Jahren sind einige neue Linien hinzugekommen. Nun geht es auch um Planungen zur weiteren Stabilisierung des Netzes. Neben der Linie in den neuen Stadtteil Dietenbach sehen wir eine parallele Route zum Hauptbahnhof in der Breisacher Straße (Lückenschluss) als prioritär an; so kann der innerstädtische Betrieb der VAG gestärkt und gegen Betriebsausfälle auf der Hauptroute geschützt werden. Hinzu soll die Linie nach Littenweiler kommen, die gerade am Kappler Knoten große Bedeutung für Pendler aus dem Osten bekommen soll. Am perspektivischen Netzausbau in Richtung St. Georgen und an den Tuniberg halten wir fest; beim Ringschluss für Dietenbach halten wir weiterhin eine Seilbahnlösung für überlegenswert: Sie wäre aller Voraussicht nach kostengünstiger zu realisieren und mit weniger Eingriffen in die Natur verbunden als ein Trassenbau mit Überführung über Dreisam und B31a. Wir sehen aber auch ein großes Potenzial für die Mobilität beim autonomen, bedarfsorientierten und flexiblen Fahren und Transportieren nicht nur auf der Straße, sondern auch in der Luft. Diese zukünftigen, aber gar nicht mehr so visionären Formen der Mobilität müssen bereits jetzt mitgedacht werden und als Alternativen zum traditionellen, schienenbasierten Netzausbau in die Planungen einbezogen werden.

Darüber hinaus wollen wir bei den Tarifen die Einführung eines Familientickets prüfen, um Familien mit mehr als 3 Kindern Vergünstigungen zu schaffen, die nicht über das Deutschlandticket oder das Sozialticket abgedeckt sind.

Bahnverbindung zwischen Freiburg und Colmar wiederherstellen

Die Freien Demokraten unterstützen die Wiedererrichtung der im Zweiten Weltkrieg zerstörten Bahnverbindung zwischen Freiburg und Colmar. Wir begrüßen daher, dass die Bundesregierung das Vorhaben im Rahmen der Beschleunigung von Genehmigungsverfahren im Verkehrsbereich berücksichtigt und in den „Vordringlichen Bedarf“ aufgenommen hat. Und wir unterstützen grenzüberschreitende Bemühungen, die dem Wunsch in der Region nach einer zeitnahen Realisierung Ausdruck verleihen und konstruktiv an der Verwirklichung dieser großartigen europäischen Idee mitarbeiten.

Pendlerverkehre umweltfreundlich gestalten

Die größte Herausforderung für eine umweltfreundliche Mobilität sind Pendlerverkehre. Wer spürbar die CO₂-Belastung im Verkehr verringern will, muss sich auf diese konzentrieren. Oberste Priorität hat dabei, Pendlerverkehr zu vermeiden, indem man beispielsweise Wohnen und Arbeiten wieder näher zueinander bringt (Stichwort Wohnraum schaffen) oder indem man Arbeit im Homeoffice fördert. Wenn aber gependelt wird, sollte dies mit möglichst umweltfreundlichen Verkehrsmitteln geschehen (Stichworte ÖPNV und Elektromobilität). Im letzten Schritt sollten Pendlerinnen und Pendler gar nicht erst nach Freiburg hinein fahren müssen, sondern an der Peripherie verschiedene Möglichkeiten des Umstiegs vorfinden. Dafür braucht es Umsteige-Hubs, die nicht nur auf Park & Ride mit Anschluss an eine Straßenbahn setzen, sondern beispielsweise auch Park & Bike (Umstieg auf ein Fahrrad) ermöglichen.

Den Stadttunnel für Freiburg bauen

Wir sehen im Stadttunnel eine große Chance für die weitere Stadtentwicklung und für die Lebensqualität in Freiburg. Wenn der größte Teil des Durchgangsverkehrs unter die Erde verlegt werden kann, eröffnet sich darüber ein enormes Potenzial für die neue Gestaltung des urbanen Lebens auf beiden Seiten der Dreisam. Daher halten wir den Stadttunnel für notwendig und richtig. Und wir vertreten die Entscheidung für seinen Bau mit rationalen Argumenten gegenüber Positionen, die auf Emotionalisierung und Skandalisierung auf Basis ungesicherter Vermutungen und Ängste setzen.

Parken in Freiburg und Erreichbarkeit der Innenstadt verbessern

In Freiburg sind über 90 000 Personenkraftwagen zugelassen, Tendenz eher steigend als fallend. Selbst bei einer Trendwende muss die steigende Einwohnerzahl auch durch den neuen Stadtteil Dietenbach berücksichtig

sichtigt werden. Das bedeutet, dass auch in absehbarer Zeit ausreichend Parkraum zur Verfügung stehen muss. In neuen Quartieren wie Dietenbach halten wir es für richtig, mit wohnungsnahen Quartiersgaragen zu arbeiten. In bestehenden Wohnquartieren ohne Garagen muss es für Anwohnende jedoch weiterhin möglich sein, für ihr Fahrzeug einen Parkplatz in zumutbarer Nähe zu finden.

An Stellen, an denen nicht ausreichend Raum für Kinderwagen oder Rollstühle vorhanden ist, war es richtig, das Gehwegparken nicht länger zu dulden. Allerdings müssen überall dort, wo noch genügend Raum zur Verfügung steht, Parkmarkierungen auch so auf Gehwegen angebracht werden, dass eine gemeinschaftliche Nutzung möglich ist. Eine Umwandlung von Parkraum zugunsten von Verkehrsträgern wie den Lastenvelos darf und soll es dort geben, wo der Parkdruck es noch zulässt. Allerdings darf es auch hier keine einseitige Bevorzugung geben. Alle Verkehrsträger haben den berechtigten Anspruch, ihr jeweiliges Verkehrsmittel abzustellen.

Bei den Gebühren für das Anwohnerparken war der Gemeinderat zunächst weit über das Ziel hinausgeschossen. Die Klage unseres Stadtrats Sascha Fiek vor dem Bundesverwaltungsgericht in Leipzig konnte jedoch eine spürbare Erleichterung bei den Kosten erbringen.

Es ist richtig, der Ressource öffentlicher Raum zum Parken auch einen Preis zu geben. Und im Zuge der allgemeinen Preissteigerungen ist es auch richtig, die Kosten für das Parken zu erhöhen. Überproportionale Kostensteigerungen, die weit über das Maß der Herstellungs- und Bewirtschaftungskosten hinausgehen, und somit einen willkürlich gewählten politischen Preis darstellen, lehnen wir ab.

Auch die Innenstadt muss weiterhin mit allen Verkehrsmitteln, eben auch dem Auto, gut erreichbar bleiben. In den Parkhäusern wollen wir zudem die Möglichkeit einer digitalen Reservierung schaffen, so man verlässlich einen Platz vorab buchen kann. Dies verringert den Suchverkehr und steigert das Image der Innenstadt.

Schließlich muss auch die Parksituation für Fahrräder Berücksichtigung finden. Wir wollen prüfen, ob und wo in der Innenstadt eine weitere Radstation (Fahrradparkhaus) erforderlich ist. Die Zahl der Fahrräder in Freiburg ist zum Glück riesig; das führt aber auch zu Nutzungskonflikten im öffentlichen Raum, und der Bedarf an Abstellmöglichkeiten wird allein mit Fahrradbügeln kaum zu bewältigen sein.

Elektromobilität fördern

Elektromobilität steht im Zentrum der Verkehrswende. Deswegen ist ein weiterer Ausbau der Ladestationen in Freiburg dringend erforderlich. Dabei gilt es, vor allem in Wohngebieten aktiv zu werden, in denen die Bewohner keine privaten Abstellmöglichkeiten haben, die mit einer Ladestation ausgestattet werden können. Hier ist zu prüfen, wie eine Sondernutzungsmöglichkeit für Anwohner geschaffen werden kann, damit diese ihre Elektroautos auch im öffentlichen Straßenraum laden können. Gleichzeitig müssen aber auch genügend Schnellladesäulen vorhanden sein. Ein einziger öffentlicher Hub wie an der Dreisamstraße ist für Freiburg zu wenig. Wir wollen behördliche Barrieren für privates Engagement abbauen und die Badenova in die Pflicht zum Ausbau nehmen. Da Elektromobilität auch die Luft in der Stadt verbessert, setzen wir uns dafür ein, dass die Busflotte der VAG weiterhin konsequent auf elektrische Antriebe umgerüstet wird. Aber wir wollen auch weitere alternative Antriebsarten berücksichtigen, z.B. Fahrzeuge mit Brennstoffzelle, wie sie bereits bei der ASF zum Einsatz kommen. Als Anreiz für eine Investition in Elektromobilität fordern wir kostenlose Parkmöglichkeiten in der Innenstadt für die Dauer des Ladevorgangs sowie Vergünstigungen in allen kommunalen Parkhäusern für Fahrzeuge mit einem E-Kennzeichen. Und schließlich wollen wir die Bedingungen für den elektrischen Lieferverkehr verbessern: Wer elektrisch liefert, soll beispielsweise durch verlängerte Einfahrtszeiten in der Innenstadt profitieren.

Elektromobilen Radverkehr ausbauen

Elektromobiler Radverkehr hat immer noch ein nicht voll ausgeschöpftes Potenzial, Pendlerströme vom Auto auf das Fahrrad zu lenken. Dies entlastet die Umwelt und den Verkehr gleichermaßen. Aber dafür braucht es einen Ausbau der Radinfrastruktur, die weit mehr Radverkehr verkraftet und gleichzeitig die nötige Sicherheit angesichts schnellerer Fahrzeuge bietet. Zudem muss das betriebliche Verkehrsmanagement in den Blick genommen werden. Auch elektromobiler Radverkehr benötigt eine leistungsfähige Ladeinfrastruktur; ihren Ausbau wollen wir unterstützen.

Freefloating-Angebote ermöglichen

Carsharing und Ausleihsysteme für Mobilität haben sich in Freiburg gut etabliert; sie sind jedoch zu unflexibel. Ein Carsharing-Auto, das immer an einem festen Ort stehen und dorthin zurückgebracht werden muss, ist während der gesamten Mietdauer blockiert; Räder und Roller mit festen Standorten erlauben keine spontane Nutzung. Wir sind der Meinung: Das geht besser. Mit Freefloating-Systemen und entsprechend ausgewiesenen Parkzonen kann eine neue Phase der geteilten individuellen Mobilität eingeleitet werden. Dies fördert die Attraktivität der Angebote und ist auch im Interesse von Umwelt und Klima: Mobilitätsressourcen können effizienter und flexibler genutzt werden.

Subventionierung von Frelò beenden

Das Fahrradleihsystem Frelò wird gut genutzt; es hat sich seit seinem Start sehr dynamisch und mit hoher Akzeptanz entwickelt. Inzwischen wurden immerhin über 2 Millionen Ausleihen gemeldet. Wir freuen uns über diese Entwicklung; wir werten sie auch als ein Signal dafür, dass die städtische Subvention für ein privates Angebot, das andernorts ohne finanzielle Unterstützung ebenso erfolgreich funktioniert, in absehbarer Zeit beendet werden kann. Als Anschubfinanzierung mag der städtische Zuschuss seine Berechtigung gehabt haben; die dauerhafte Subventionierung eines privatwirtschaftlichen Angebots ist aber unter wettbewerblichen, marktwirtschaftlichen und finanziellen Gesichtspunkten nicht zu vertreten. Wir sind für den graduellen Ausstieg der Stadt aus ihrem direkten finanziellen Engagement für Frelò.

Verkehrsschilderwald durchforsten

Im Freiburger Straßenverkehr herrschen teils verwirrende Regelungen und eine große Anzahl an Verkehrszeichen. Die uhrzeitabhängigen 30er-Beschilderungen tragen dazu bei. Letztere sind gut gemeint, dienen dem Lärmschutz oder der Verkehrssicherheit im Bereich von Schulen und Kindergärten; doch ist es teilweise unzumutbar, dass innerhalb weniger Meter die Höchstgeschwindigkeit gleich mehrfach wechselt. Dort, wo eine Beschränkung auf 30 km/h notwendig und sinnvoll ist, muss eine dauerhafte Höchstgeschwindigkeit von 30 km/h eingerichtet werden. Dies dient der Verkehrssicherheit: Wenn Verkehr möglichst reibungslos, sicher und konfliktfrei laufen soll, dann braucht es viel Klarheit und Verlässlichkeit. Regeln sollen verständlich, nachvollziehbar und einhaltbar sein, egal mit welchem Verkehrsmittel man unterwegs ist.

Sicherheit im Radverkehr verbessern

Die Radverkehrssicherheit muss weiter gestärkt werden. Durch parkende Fahrzeuge verdeckte Radwege müssen entschärft werden; Abbiegevorgänge, bei denen Radfahrende übersehen werden, müssen vermieden werden. Ebenso ist zu berücksichtigen, dass die Zahl der E-Bikes und Lastenräder stark zunimmt; bei höheren Geschwindigkeiten und größeren Fahrzeugen braucht der Radverkehr mehr Raum und mehr Sicherheit.

Wohnen in Freiburg

Wohnraum schaffen

Die Freiburger Stadtbevölkerung hat sich für den neuen Stadtteil Dietenbach ausgesprochen. Wir haben uns von Anfang an für diesen neuen Stadtteil eingesetzt, ihn mit auf den Weg gebracht und sehen den Spatenstich 2024 auch als Erfolg unserer kommunalpolitischen Arbeit. Bis Dietenbach fertiggestellt ist, werden jedoch noch mindestens zwei Jahrzehnte vergehen. Erst 2026 ist mit einem Baubeginn zu rechnen. In der Zwischenzeit dürfen die Anstrengungen zur Minderung der Wohnungsnot nicht nachlassen. Durch innovative Konzepte der Innenentwicklung wie die Überbauung von Supermärkten, Parkplätzen, Garagen oder Gewerbeflächen entsteht relativ kurzfristig Wohnraum; Entlastung kann auch die Bereitschaft bringen, höher zu bauen. Freiburg braucht mehr Mut zu unkonventionellen Lösungen; und Freiburg muss sich mehr darum

kümmern, dass Bauen nicht verhindert, sondern ermöglicht wird. Immer weitere Erhaltungssatzungen oder Veränderungssperren, die oftmals großflächig die Schaffung oder Veränderung von Wohnraum verhindern, sehen wir kritisch und werden diesen nur im Ausnahmefall zustimmen. An dieser Leitlinie wird sich unsere Bau- und Wohnungspolitik orientieren.

Große Hemmnisse für den Bau von neuem Wohnraum sind hohe Baukosten, langsame Genehmigungsverfahren und Einschränkungen durch kommunale Satzungen. Dies alles macht Bauen teuer und kompliziert; überzogene Baustandards und Auflagen tun ihr Übriges. Wir meinen: Gemeinderat und Stadtverwaltung dürfen keine Kostentreiber sein; wir brauchen fürs Bauen schlanke Prozesse und schnelle, digitale Verfahren. Ziel muss die Genehmigung sein, nicht das Verbot.

Aktuelle Projekte wie "Hinter den Gärten", "Zähringer Höhe", "Kleineschholz" oder "Zinklern in Lehen" müssen nun so schnell wie irgend möglich in die bauliche Umsetzung kommen. Wir dürfen uns nicht daran gewöhnen, dass neue Wohngebiete Jahrzehnte bis zur Umsetzung brauchen. Ebenfalls werden wir darauf achten, dass auch im kommenden Flächennutzungsplan neue Wohnbauflächen ausgewiesen werden.

Vielfalt in der Bauwirtschaft - privat und sozial

Die angespannte Lage auf dem Freiburger Wohnungsmarkt macht ein konstruktives Zusammenwirken aller Akteure der Bauwirtschaft nötig. Die Freiburger Stadtbau, die Wohnbaugenossenschaften und andere gemeinwohlorientierte Bauträger leisten einen erheblichen Beitrag zur Bekämpfung der Wohnungsnot. Allerdings reichen auch deren finanzielle Mittel bei weitem nicht aus, um der Knappheit grundlegend entgegenzuwirken. Daher ist es unsinnig, privatwirtschaftlich orientierte Bauträger vom Wohnungsbau auszuschließen; Wohnraum entsteht nicht durch die Herabsetzung einzelner Akteure der Bauwirtschaft. Gerade Bauträgern gelingt es oft besser als anderen, umfassende Bauprojekte schnell und auf individuelle Bedürfnisse ausgerichtet zu realisieren. Wir müssen zusammen bauen, und daher fordern wir, auch privates Engagement zu berücksichtigen und frühzeitig in die Bauplanung zu integrieren.

Unbenommen davon bleibt die grundlegende Zielvorstellung einer 50%igen Sozialquote beim Wohnungsbau richtig, da es beim sozial geförderten Wohnraum zweifelsohne Nachholbedarf gibt.

Grundstücksverkäufe zulassen

Die Stadt darf gemäß eines Gemeinderatsbeschlusses grundsätzlich keine Grundstücke mehr verkaufen; es darf für städtische Grundstücke - außer für Gewerbe - nur noch Erbpachtverträge geben.

Das halten wir für grundlegend falsch. Erbpacht soll dort als soziales Instrument zum Einsatz kommen, wo es aufgrund der Rahmenbedingungen Bauwilligen nicht möglich ist, ein Grundstück selbst zu erwerben. Aber gerade für junge Familien wollen wir wieder die Möglichkeit eröffnen, dauerhafte eigene Werte zu schaffen, die sie innerhalb ihrer Familie an ihre nachfolgenden Generationen weitergeben können. Das Recht auf privates Eigentum, sowie private finanzielle Stabilität und Sicherheit sind für uns wichtig. Eine groß angelegte Überführung von Immobilien und Grundstücken in Staatseigentum oder - hart formuliert - eine Enteignung der Bevölkerung lehnen wir ab. Auch im Rahmen der Finanzierung ist der Besitz von Grund und Boden oft eine Voraussetzung, um überhaupt eine Immobilie errichten zu können. Hier darf der Staat nicht dazwischen gehen, um eigene haushaltspolitische Interessen gegen die Bevölkerung durchzusetzen.

Falsch war es auch, bei isolierten Grundstücken ohne jegliche städtebauliche Relevanz auf eine Veräußerung zu verzichten. Hier hat sich auch die Stadt als unzuverlässig erwiesen, weil sie bereits erteilte Zusagen über eine Veräußerung an Erwerbende zurückgezogen hat. So etwas schwächt das Vertrauen der Bevölkerung in die Verwaltung und die demokratischen Institutionen.

Eine Ausschließlichkeit von Erbpacht lehnen wir daher ab; wir wollen Grundstücksverkäufe grundsätzlich wieder zulassen. Unbenommen davon kann es im Rahmen von städtebaulichen Entwicklungsmaßnahmen und einer aktiven Liegenschaftspolitik richtig sein, von Seiten der Stadt Grundstücke zu erwerben mit dem Ziel, sie möglichst schnell einer Bebauung zuzuführen.

Dietenbach smart gestalten

Der neue Stadtteil soll nicht nur sozial und nachhaltig, sondern auch innovativ gestaltet werden. So wie Vauban ein Vorzeigeprojekt im ökologischen Sektor war, soll Dietenbach ein Musterbeispiel für einen Stadtteil im Zeitalter der Digitalisierung sein, den Freiburg stolz in der Welt präsentieren kann. Digitales Verkehrsmanagement, smarte Gebäude und Smart Grids, Vorbereitung auf autonome Fahrzeuge, neuartige Konzepte zu einer wohnortnahen Verbindung aus Leben und Arbeit, moderne Raumangebote für bürgerschaftliches und soziales Engagement, digitale Dienste im Bereich der Abfallentsorgung oder der Grünflächenpflege oder die Nutzung digitaler Kommunikation zur Vernetzung der Bürgerschaft in einem Stadtteil sollen von vornherein in die weitere Umsetzung mit einbezogen werden. Neben der Bereitstellung von bezahlbarem Wohnraum, eines nachhaltigen Energiesystems und vieler Freiräume können auch die Chancen der Digitalisierung zu einem attraktiven und lebenswerten Umfeld führen.

Wohnungen für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ermöglichen

Die Wohnungsnot in Freiburg führt auch zu Schwierigkeiten bei der Rekrutierung von Arbeitskräften. Es ist schwer, neue Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu gewinnen, wenn sie in Freiburg keine Wohnung finden. Mit dieser Herausforderung haben Stadtverwaltung und gewerbliche Unternehmen gleichermaßen zu kämpfen. Für Wirtschaft, Stadtentwicklung, Kultur und Bildung sowie Daseinsvorsorge ist dieser Zustand schädlich. Daher muss die städtische Liegenschaftspolitik auch für mehr Wohnraum für Mitarbeitende genutzt werden; bei der Planung von neuen Wohngebieten und in den nachfolgenden Vergabeprozessen müssen Mitarbeiterwohnungen viel stärker als bislang eine Rolle spielen. Auch wenn Mitarbeiterwohnungen in Gewerbegebieten entstehen könnten, würden sich neue Spielräume beim Wohnen eröffnen. Das Thema ist wichtig, und wir brauchen kreative und manchmal auch unkonventionelle Ansätze - an deren Entwicklung wir uns gerne und aktiv beteiligen wollen. Einen Einstieg dafür wird es nun in Landwasser geben. Darauf aufbauend, wollen wir auch in anderen Quartieren das Thema weiterverfolgen.

Neue Ideen für alte Gebäude entwickeln

Karlskaserne, Stadthalle, Haus zum Herzog - Freiburg besitzt Immobilien von hohem ideellen, kulturellem, architektonischem und historischem Wert. Für viele davon ist - und das seit Jahren - die weitere Nutzung ungeklärt; es fehlen Nutzungskonzepte und kreative Ideen. Damit verliert Freiburg viel Potenzial für die weitere Entwicklung der Stadt. Daher setzen wir uns dafür ein, dass um die baulichen Filetstücke wieder ganze, lebendige architektonische Körper wachsen. Wir wollen, dass Freiburg die kulturelle und wirtschaftliche Wertschöpfung erkennt und dafür die planerischen, rechtlichen und baulichen Voraussetzungen schafft. Wegen Zurückhaltung oder Untätigkeit bei Schlüsselimmobilien darf Wertschöpfung nicht erneut aus der Stadt ins Umland abwandern.

Geschütztes Wohnen erweitern

Auch in Freiburg gibt es Obdachlosigkeit. Wir werden uns für ein breiteres Angebot und verbesserte Zustände in städtischen Angeboten (z.B. OASE) einsetzen. Generell halten wir den „Housing First“-Ansatz für richtig, um wohnungslose Personen schneller und nachhaltiger wieder in eine eigene Wohnung zu bringen. Zudem sehen wir die Notwendigkeit, vermehrt Wohnraum für diejenigen anzubieten, die von (häuslicher) Gewalt bedroht und schutzbedürftig sind. Entsprechende Initiativen finden unsere Unterstützung.

Kurzfristig, prioritär muss es sein, schnelle und unkomplizierte Unterbringungen, notfalls auch in Containeranlagen, zu ermöglichen.

Selbstbestimmt in allen Lebenslagen

Vielfalt leben und lieben

Freiburg trägt "Freiheit" im Namen. Und die gilt für alle: Für unterschiedliche Lebensentwürfe, Orientierungen, Identitäten, religiöse oder kulturelle Praktiken oder Glaubenssätze etc. Vielfalt ist willkommen, auch wenn sie gelegentlich als unbequem erfahren wird. Orientierung gibt der gesetzliche Rahmen und der Respekt vor den unveräußerlichen Rechten anderer. In diesem Sinne wenden wir uns gegen Diskriminierung und Vorurteile; wir geben der Vielfalt in unserer Stadt den Raum und die Möglichkeiten, um sich frei zu artikulieren. An dieser Leitlinie werden wir uns orientieren; und auf dieser Grundlage werden wir politisch handeln, wenn konkrete Anliegen im Gemeinderat und in der Stadtgemeinschaft entschieden werden müssen.

Teilhabe und Inklusion gewährleisten

Je größer eine Stadt ist, desto heterogener ist auch die Gruppe der dort lebenden Menschen und desto vielfältiger sind die Individuen mit ihren zum Teil ganz unterschiedlichen Lebensentwürfen und Hintergründen. Wer nicht darauf achtet, die Menschen in ihrer Unterschiedlichkeit in das gesellschaftliche Leben einzubinden, riskiert wachsende Fliehkräfte und soziale Spaltung. In Freiburg gibt es bereits zum Glück eine hohe Sensibilität für dieses Themenfeld. Menschen dürfen sich nicht als Rand der Gesellschaft oder gar als ausgeschlossen begreifen, sei es aufgrund der Herkunft, einer Behinderung, wegen ihres Alters oder einer finanziell prekären Situation. Barrierefreiheit, Inklusion und Integration rücken mehr und mehr in das Bewusstsein politischen Handelns. Wir wollen Bemühungen auf diesen Gebieten konsequent fortführen, damit alle Menschen gleichwertig Teil unserer Gesellschaft sein können und um Hürden abzubauen.

Ehrenamtliches Engagement stärken

Der soziale und kulturelle Zusammenhalt in unserer Stadt wird maßgeblich vom Ehrenamt getragen; Sport, Kultur, Vereine, Rettungsdienste, die Freiwillige Feuerwehr, Initiativen für soziale Unterstützung etc. prägen das Leben in einem hohen Maß. Wertschätzung und Anerkennung für alle Formen des Ehrenamts ist daher wichtig. Aber es braucht auch seitens der Stadtverwaltung die richtige Rahmensetzung, damit sich ehrenamtliches Engagement entfalten kann. Deshalb setzen wir uns ein für unbürokratische Verwaltungsprozesse bei Genehmigungen, Anmietungen und bei der Nutzung von öffentlichem Raum.

Und wir engagieren uns dafür, dass ehrenamtlich organisierte Weinfeste, Hocks, Fasnetsveranstaltungen u.s.w. nicht zum „Staatsakt“ werden mit Sicherheitsauflagen, die Vereine finanziell und organisatorisch überfordern.

Vielfalt von sozialen Initiativen und Projekten stärken

Viel soziales Engagement in Freiburg findet statt in kleinen Projekten und kreativen Initiativen; und deren Wirkung ist beachtlich. Nur ist es häufig so: Die "großen" Träger der sozialen Arbeit stehen im Mittelpunkt; und sie bekommen das meiste Geld. Wir halten das nicht für angemessen; ein Umdenken bei städtischen Zuschüssen ist dringend: Sie müssen verstärkt dort ankommen, wo neue Initiativen entstehen und wo auch mit möglicherweise weniger Mitteln, aber großem persönlichen Engagement soziale Verbesserungen erreicht werden können. Wir setzen uns für die Weiterentwicklung des städtischen Zuschusswesens in diesem Sinne ein - weg von Automatismen, Gewohnheitsdenken und Anspruchshaltungen; und hin zu mehr sozialer Innovation und Kreativität; und zu einer kritischen Überprüfung dessen, was mit städtischen Mitteln erreicht werden kann. Wir wollen mehr auf Wirkung und Ergebnisse der städtischen Förderung schauen.

Auch eine "Budgetierung" kann dabei helfen, dass kreative Ideen und neue Initiativen ihre Chance bekommen: Für städtische Fördermittel soll ein fester Budget-Rahmen gelten, in dem Maßnahmen auf ihre Wirkung hin überprüft und entweder weiter gefördert werden oder eben Platz machen für neue Ideen.

Alternative Projektfinanzierungen erschließen

Kaum eine kulturelle oder soziale Initiative trägt sich in finanzieller Hinsicht selbst; meistens braucht es eine Förderung durch Dritte. Diese muss aber nicht zwangsläufig aus dem städtischen Haushalt kommen; Crowdfunding ist eine Option, die noch nicht ausreichend genutzt wird. Drittmittel können auch aus anderen Quellen erschlossen und beantragt werden. Nicht jede Initiative hat dazu aber die notwendige Erfahrung und Kompetenz; städtische Unterstützung beim "Fördermittelmanagement" halten wir daher für sinnvoll und wichtig.

Vielfalt in der Quartiersarbeit ermöglichen

Quartiere sind die Keimzelle des urbanen Lebens. Ihre Vielfalt und Lebendigkeit sind Werte, die es zu erhalten gilt. Quartiersarbeit leistet wertvolle Beiträge für die Identität und den Zusammenhalt von Quartieren. Dazu muss sie aber erreichbar und nahe bei den Menschen sein; und sie muss als Katalysator für gemeinschaftliches, ehrenamtliches Engagement der Menschen wirken können. Wir setzen uns daher weiter für eine dezentral organisierte Quartiersarbeit in Freiburg ein. Trägerschaften müssen die lokale Identität von Quartieren widerspiegeln. Beim Einsatz städtischer Mittel braucht es aber auch Qualitätskontrollen, Wirkungsanalysen und Leistungsnachweise gegenüber der Verwaltung und der Öffentlichkeit. Mehr Transparenz bei der Mittelverwendung ist erforderlich, damit ggf. nachgesteuert werden und gute Arbeit beispielhaft wirken kann.

Für mehr Demokratie und Mitbestimmung in den Stadtteilen

Ortschaftsräte sind in den eingemeindeten Stadtteilen seit den 70er Jahren ein lebendiges Element der Bürgerbeteiligung, der demokratischen Willensbildung und der direkten, lokalen Mitbestimmung. Wir sehen darin ein tragendes Element der bürgernahen Demokratie; auch in den übrigen Stadtteilen sollte es demokratisch legitimierte "Quartiersbeiräte" geben; sie sollen jenseits von Partikularinteressen und selbstgesetzten politischen Agenden den jeweiligen Stadtteil in seiner demokratischen Breite gegenüber Gemeinderat und Stadtverwaltung vertreten. "Quartiersbeiräte" ergänzen so das demokratische Spektrum, in dem die Bürgervereine weiterhin ihre Aufgaben wahrnehmen sollen; sie fördern jedoch die Repräsentanz der Quartiere und stärken die quartiersnahe Mitbestimmung durch ihre eigene demokratische Legitimation. Wir setzen uns daher für eine Reform und Neuordnung der Mitwirkung der Quartiere in der demokratischen Willensbildung ein - in Anlehnung an das eingespielte Modell der Ortschaftsräte in den Umlandgemeinden.

Lebensqualität der Stadtteile fördern

Die Freiburger Stadtteile haben alle ihre Besonderheiten und ihren eigenen Charme. Insbesondere das jeweilige Stadtteilzentrum ist prägend. Ein Stadtteilzentrum soll einladend sein, Raum für Begegnung schaffen und die Nahversorgung sichern. Im Mooswald, in Betzenhausen oder auf der Haid wurden Stadtteilzentren erfolgreich aktiviert und neu gestaltet. Das muss auch dort geschehen - etwa in Littenweiler - wo es derartige Zentren noch nicht gibt. So erhalten wir eine lebenswerte Stadt mit ihren Eigenheiten und ihrer gesamten Vielfalt.

Die Vielfalt der Kultur fördern

Kultur ist Vielfalt; und Kultur bringt Vielfalt hervor. Das ist spannend; und das ist bereichernd. Kultur in Freiburg wollen wir in ihren vielfältigen Facetten weiter fördern. Und fördern heißt: Neues zulassen, Bewegung fördern, Veränderung ermöglichen – und nicht das Vorhandene einfach konservieren. Kunst- und Kulturförderung sollte eine entsprechende Zielsetzung verfolgen und Ausgestaltung erfahren.

In allen Sparten der Kunst hat Freiburg herausragende, international anerkannte Ensembles von exzellentem Ruf. Und die Stadt tut viel, um diese Exzellenz zu fördern. Es ist sehr erfreulich, dass viele Fördermittel für die Kultur in Freiburg eingeworben werden konnten – für das Barockorchester, für die Renovierung des Stadttheaters, für den Erhalt des Alten Friedhofs, das Augustinermuseum oder das Münster. Wir Liberale haben im Bund eine starke Vertretung. Das ist die eine Seite – die andere ist die freie Kulturszene und die Kreativwirtschaft in Freiburg.

Kultur ist auch ein Wirtschaftsfaktor, den wir sehen, der aber in den zurückliegenden Jahren – zum Beispiel im Ausstellungsbereich und bei der Filmproduktion – vernachlässigt wurde. Und mit unserem Leitbild einer „Kulturisierung“ – in Abgrenzung zur gerne abgewehrten „Kommerzialisierung“ – des öffentlichen Raums wollen wir Kunst und Kultur weiter sichtbar und erfahrbar machen. So können die Vielfalt in die Stadt, aber auch Kreativität aus der Stadt in die öffentliche Wahrnehmung gebracht werden.

Damit das kreative Potenzial dazu vorhanden ist, braucht es – neben viel Eigeninitiative – sicher auch eine gewisse städtische Förderung, etwa bei Proberäumen für Bands und Musikvereine und für andere künstlerisch und kulturell tätige Initiativen. Im sozio-kulturellen Bereich sehen wir viel lobenswertes Engagement, verbunden mit beachtenswertem ehrenamtlichem Einsatz. Was wir aber nicht unterstützen, sind Aktivitäten gegen unsere freie und demokratische Gesellschaft; wir sind gegen die weitere Förderung des autonomen Zentrums KTS.

Bei öffentlichen Bauvorhaben und in der Stadtentwicklung schließlich unterstützen wir Absichten, die Baukultur und die bewusste Weiterentwicklung des Stadtbilds im Blick behalten. Über die Tätigkeit des Gestaltungsbeirats in diesem Zusammenhang halten wir eine nüchterne Bilanz für angemessen und zielorientierte Alternativen für angezeigt.

Räume für Zivilgesellschaft öffnen

In Freiburg herrscht ein Mangel an Räumen, die für ehrenamtliches Engagement, soziale Kontakte und kreative Entfaltung genutzt werden können. Klassenzimmer oder andere städtische Räume, die nachmittags und abends kaum oder gar nicht benutzt werden, sollen daher von Dritten vermehrt genutzt werden können. Bei Turnhallen und Aulen wird dies bereits praktiziert; die Vermietung an Vereine funktioniert. Wir möchten, dass diese Art der Mehrfachnutzung auch auf andere Räume - Klassenzimmer, Musiksäle etc. - in Schulen ausgeweitet wird. So kann dem aktuellen Platzmangel entgegengewirkt werden.

Eine weiterentwickelte digitale „Raumbörse“ könnte zusätzlich helfen, wenn Raumangebote und die Nachfrage nach Räumlichkeiten darüber transparent gemacht und zur Buchung online gestellt werden können.

Impulse für die zweite Lebenshälfte geben

Freiburg ist eine junge Stadt; aber auch hier wird die Altersgruppe der über 65-Jährigen größer. Ihr Wissen, ihre Erfahrung, ihre Kompetenzen sind für die Stadtgemeinschaft wertvoll; wir brauchen innovative Ansätze, wie wir dieses Reservoir besser aktivieren und erhalten können.

Ehrenamtliches Engagement ist wichtig und findet auch vielfach die richtige Wertschätzung. Aber wir brauchen auch mehr Raum für berufliche Tätigkeiten nach dem Eintritt in den offiziellen Ruhestand. Die gesetzlichen Regelungen stehen dem nicht mehr entgegen; seitens der Stadt können vermehrt Arbeitsangebote für diejenigen entwickelt werden, die - jenseits finanzieller Motive - auch im Ruhestand noch Spaß an der Arbeit oder das Bedürfnis nach einer sinnvollen Aufgabe und sozialen Kontakten haben. Wir sehen hierin auch eine Chance, personelle Engpässe bei städtischen Aufgaben zu mindern.

Jugendarbeit fördern

Jugendarbeit ist wichtig. Sie hilft, Benachteiligungen zu kompensieren, und sie ermöglicht Zugang zu Bildung und sozialer Teilhabe für Kinder und Jugendliche. Besonders wichtig ist die Begleitung in die berufliche Ausbildung; dieser Übergang fällt vielen Jugendlichen schwer. Jugendzentren leisten auch wichtige Arbeit bei der Integration von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund. Ein Zentrum für Jugendarbeit sollte es in jedem Stadtteil geben; aber vorrangig müssen solche Angebote in sozio-ökonomisch schwächeren Stadtteilen entwickelt werden.

Zur Jugendarbeit gehört auch der schulische und außerschulische Jugendaustausch, ganz besonders zwischen Freiburg und seinen Partnerstädten. Hier ist ein stärkeres Engagement der Stadt und eine offene Förderung von Vereinen wichtig. Gerade in Zeiten von Desinformation, von einem wachsenden Nationalismus, Chauvinismus, Antisemitismus und Muslimfeindlichkeit, von ignoranten Vorurteilen und Stereotypen, ist der

reale Kontakt zu anderen Ländern und Kulturen wichtig. Freiburg ist eine weltoffene Stadt und muss das bleiben. Die Jugendarbeit in Freiburg ist gut; wir werden sie weiterentwickeln für die neuen, drängenden Fragen.

Jugendbeteiligung voranbringen

Unsere Jugend muss aktiv am Stadtleben und an der politischen Willensbildung beteiligt sein. Ihre Stimme muss gehört werden; ihre Ideen leisten wertvolle Beiträge zur Gestaltung unserer Stadt. Der 8er-Rat ist eine tolle Einrichtung; er gibt jungen Menschen die Möglichkeit, sich in der Kommunalpolitik zu engagieren. Wenn noch mehr Schülerinnen und Schüler dazu die Möglichkeiten hätten, wäre das eine Bereicherung für die Stadt. Auch ein personeller und organisatorischer Ausbau des Jugendbüros ist gut für die Jugendbeteiligung, für politisches und gesellschaftliches Engagement und für Erhalt und Akzeptanz demokratischer Prozesse. Gemeinsam können wir ein Freiburg schaffen, das für alle funktioniert.

Partizipation und Integration für alle

Wir setzen uns dafür ein, die Partizipation und Mitsprache von Migrantinnen und Migranten ohne Wahlrecht zu fördern. Ohne angemessene Beteiligung an den Prozessen der Willensbildung kommen bei großen Bevölkerungsgruppen Zweifel an der Gleichberechtigung auf; sie fühlen sich nicht als vollwertige Mitglieder der Gesellschaft. Durch die Einführung von Beteiligungsplattformen, Workshops und Foren werden ihre Meinungen und Bedürfnisse besser gehört. In diesem Zusammenhang haben wir auch an der Erstellung eines städtischen Leitbilds für Migration und Integration mitgewirkt, das eine sehr gelungene Grundlage für die städtische Arbeit in diesem Themenfeld darstellt. Auch müssen Migrantenorganisationen wie z.B. der Migrant:innenbeirat präsen-ter und in den Ausschüssen des Gemeinderats und in städtischen Kommissionen (z.B. Marktkommission) repräsentiert sein. Und schließlich - auch wenn dies außerhalb der kommunalen Entscheidungshoheit liegt - halten wir ein Wahlrecht für Mitbürgerinnen und Mitbürger aus Drittstaaten für richtig: Wer in Freiburg seit längerer Zeit lebt, hier seinen Lebensmittelpunkt hat, hier arbeitet, Kinder erzieht oder sich im Verein engagiert - der sollte auch eine Möglichkeit zur Mitbestimmung erhalten.

Einen Friedwald für Freiburg einrichten

Das klassische Sarg- oder Urnengrab erfüllt heute nicht mehr die Wünsche aller Menschen. Die letzte Ruhestätte ist eine sehr private und individuelle Entscheidung. Wir wünschen uns mehr Möglichkeiten für alternative Bestattungen auch außerhalb der klassischen Friedhöfe. Deswegen haben wir uns erfolgreich für die Errichtung eines Friedwaldes in Freiburg eingesetzt. Nach dem Grundsatzbeschluss kümmern wir uns nun um die konkrete Umsetzung.

Sportiv in Freiburg

Sport in Freiburg fördern

Eigene sportliche Betätigung, aber auch die Begeisterung, bei sportlichen Leistungen anderer mitzufiebern, steigern die Lebensqualität und die Attraktivität Freiburgs. Schon von Kindesbeinen an braucht es ein umfangreiches Angebot und intakte Sportstätten, damit schon von jungen Jahren an sportliche Betätigung als etwas Reizvolles und Nützliches erlebt und erfahren werden kann. Sport ist Lebensfreude, Sport ist Gesundheit, Sport ist Kommunikation, Sport ist Bildung und vieles mehr. Wir wollen für die zahlreichen aktiven Vereine mit ihren vielen ehrenamtlichen Helfer*innen Rahmenbedingungen schaffen, damit die Menschen in unserer Stadt ihrer jeweiligen Sportart nachgehen können. Besonders wichtig ist uns dabei die Schwimmförderung für Kinder. Wir wollen, dass alle Kinder in Freiburg die Möglichkeit haben, Schwimmen zu lernen und diese Möglichkeit auch wahrnehmen - ob in der Schule oder in Schwimmkursen, die von Vereinen angeboten werden.

Neben dem Leuchtturm SC Freiburg unterstützen wir genauso Sportarten und Vereine, die nicht immer im Fokus der Öffentlichkeit stehen.

Ob Sport mit dem Ball, Sport allein oder in der Mannschaft, Sport auf zwei Rädern, in der Luft, auf dem Eis, im Wasser oder Sport mit viel Köpfchen, ob aktiv oder passiv – all das sehen wir als Bereicherung an und werten nicht nach Beliebtheit einer einzelnen Sportart. Denn Sport ist auch Ausdruck persönlicher Freiheit, die wir in allen Lebenslagen stärken wollen.

EHC und Eissport unterstützen

Der EHC Freiburg braucht ein neues Stadion und der Eissport für die breite Bevölkerung braucht seinen Raum. Daher haben wir uns stark um den Bau einer neuen Eishalle gekümmert, die Spitzensport und Breitensport ermöglichen soll. Immerhin konnten wir erreichen, dass zumindest kleine Beiträge jährlich im Haushalt eingestellt werden, um eine Finanzierung des Projekts zu ermöglichen. Dieses Engagement werden wir auch in den kommenden Jahren weiterführen. Natürlich ist die Finanzierung einer Eishalle ein Kraftakt; aber der muss nicht zwingend allein mit dem städtischen Haushalt bewältigt werden; auch mit privaten Investitionen kommt man zum Ziel. Wir stehen daher einem Investorenmodell positiv gegenüber und werden diese Linie weiterverfolgen. Jedenfalls darf nicht so lange gewartet werden, bis die aktuelle Eishalle ihre Betriebs-erlaubnis verliert.

Öffentliche Sportplätze beleuchten

Wir möchten prüfen, wo Bedarf besteht und wo es möglich ist, öffentliche Sportplätze in den Abendstunden zu beleuchten. Als konkrete Beispiele nehmen wir hier den Fußballplatz in der Ferdinand-Weiss-Straße im Stadtteil Stühlinger sowie den Skatepark Dietenbach im Stadtteil Weingarten.

Politik, die rechnen kann

Städtische Finanzen im Griff halten

Trotz nach wie vor hoher Einnahmen aus Steuern und Abgaben, schafft es Freiburg nicht, den Haushalt im Lot zu halten. Die städtische Gesamtverschuldung inklusive städtischer Beteiligungen und Eigenbetriebe wird in den nächsten Jahren die 2-Milliarden-Euro Marke reißen. Damit entfällt auf die Bevölkerung – ohne die zusätzlichen Schulden aus Bund und Land miteinberechnet – bereits eine Pro-Kopf-Verschuldung von rund 8.500 €.

Für kommende Generationen bleiben unter diesen Voraussetzungen kaum noch Gestaltungsspielräume; dazu kommt, dass viele längst beschlossene Investitionen noch nicht umgesetzt wurden und erst abgearbeitet werden müssen, bevor Neues auf den Weg gebracht werden kann.

Die seit 2022 drastisch gestiegenen Leitzinsen schränken die Fähigkeit zur Kreditaufnahme und Umschuldung weiter ein und bringen massive zusätzliche finanzielle Belastungen bei Zinszahlungen mit sich. Die Zeit des billigen Geldes ist vorerst vorbei und die Idee, man könne nach Belieben Schulden aufnehmen, um eigene politische Wünsche zu verwirklichen, erweist sich spätestens jetzt als Irrglaube.

Die Mehrheit im Gemeinderat verschließt sich aber weiterhin diesen Tatsachen; Ausgaben werden zu leichtfertig genehmigt, finanzielle Entscheidungen unausgewogen gefällt. Wir aber bleiben bei unserem Kurs und fordern von Stadtverwaltung und Gemeinderat endlich verstärkte Anstrengungen zur Konsolidierung der städtischen Finanzen durch konsequente Haushaltsdisziplin und einen Weg zur Entschuldung. Die Schuldenspirale darf nicht ständig weiter bedient werden. Dies gilt insbesondere für konsumtive Ausgaben; Investitionen in Infrastruktur und Bildung bleiben weiterhin zwingend notwendig, müssen aber auch mit der nötigen wirtschaftlichen Sorgfalt und kennzahlenbasiert erfolgen.

Eigenbetriebe und städtische Beteiligungen

Die Stadt Freiburg hält zahlreiche private Beteiligungen, führt Eigenbetriebe oder ist mit Zweckverbänden verwoben - unter anderem gibt es eine direkte Beteiligung an 22 Unternehmen wie der VAG oder der Freiburger Stadtbau (FSB). Sie betreiben kommunale Daseinsvorsorge, sind wichtige Arbeitgeber und tragen mit Investitionen zur Weiterentwicklung der Infrastruktur bei. Gleichzeitig stellen sie auch einen riesigen Schattenhaushalt dar. Rund 80% der Verschuldung Freiburgs entfallen auf städtische Unternehmen und Eigenbetriebe. Sinkende Eigenkapitalquoten, geringere Kostendeckungsgrade und steigende Verschuldung ziehen sich durch den 2024 vorgelegten Beteiligungsbericht. Der Gemeinderat kann nur indirekt auf die Entwicklung in diesen Unternehmen und Betrieben einwirken. Ein unternehmensübergreifendes Controlling, eine ganzheitliche Buchführung oder übergeordnete Ziele lassen sich nicht erkennen. All diese Beteiligungen werden weitgehend isoliert und weniger im Verbund betrieben.

Wir fordern daher die Rückkehr zu soliden Finanzen bei Beteiligungen und Eigenbetrieben. Und wir fordern ein deutlich stärkeres Bewusstsein in Gemeinderat und Verwaltung für wirtschaftliches Arbeiten. Dazu gehört auch, dass mit den Verantwortlichen in den Unternehmen verbindliche Ziel- und Leistungsvereinbarungen geschlossen werden, die regelmäßig überprüft und bewertet werden. Eine moderne Verwaltung, die zu ihrer finanziellen Verantwortung steht, muss dies leisten. Zudem halten wir die Gründung einer Holdinggesellschaft, in der alle Unternehmen an eine gesamtheitlich ausgerichtete Struktur angeschlossen werden, z.B. mit einem übergeordneten Controlling, einer übergeordneten Buchführung und Bilanzerstellung für erforderlich. So kann der Überblick über die finanzielle Entwicklung gewahrt, Ressourcen effizient eingesetzt und Synergien genutzt werden.

Gerade die Freiburger Stadtbau muss wieder in die Lage versetzt werden, durch einen höheren Anteil an Bauträgergeschäft ihre sozialen Zwecke aus eigener Kraft zu verfolgen. Eine permanente Alimentierung aus dem städtischen Haushalt ist falsch. Bei der VAG muss der wünschenswerte Ausbau von Linien, eine dichtere Taktung und mehr Leistungen einhergehen mit einer Anpassung bei den Einnahmen. Ein ÖPNV zum Nulltarif ist nicht finanzierbar. Auch bei Unternehmen wie der FWTM muss wieder genauer darauf geachtet werden, wie sich Verluste minimieren lassen.

Höhere Ausschüttungen der Sparkasse

Die Ausschüttungen der Sparkasse an ihre kommunalen Träger wie die Stadt Freiburg sind zu niedrig. Im Sinne des Gemeinwohls setzen wir uns dafür ein, dass die Sparkasse mindestens 25% ihres Jahresgewinns an ihre kommunalen Träger wie die Stadt Freiburg ausschüttet.

Systematisch in Infrastruktur investieren

Freiburg hat einen riesigen Investitionsstau. Die wachsende Komplexität führt seitens der Verwaltung zu einer reaktiven statt proaktiven Projektplanung: Sanierungen werden meist erst dann durchgeführt, wenn Gebäude oder Straßen drohen, ihre Benutzbarkeit einzubüßen. Dies führt in der Regel zu aufwändigeren Sanierungen und überproportional höheren Kosten, als dies bei einer vorausschauenden Infrastrukturplanung der Fall wäre. Daher fordern wir, dass sowohl die Wartezeit dieser Sanierungsaufschübe als auch das Risiko, das damit einhergeht (z.B. bei Brücken), einen transparenten Preis bekommen. Damit könnte die Verwaltung ihre Investitionsprojekte sinnvoll priorisieren sowie zukunftsorientiert und nachhaltig wirtschaften.

Grundsteuer und Gewerbesteuer

Das auf Landesebene beschlossene Grundsteuermodell ist aus Sicht der Freien Demokraten undifferenziert und ungerecht. Zahlreiche Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen müssen damit rechnen, Opfer einer völlig verkorksten Reform zu werden. Wir hoffen darauf, dass die Gerichte noch Einhalt gebieten und die Landespolitik zu umfassenden Änderungen gezwungen wird. Bis dahin muss in Freiburg sichergestellt werden, dass die Aufkommensneutralität gewahrt bleibt und der Grundsteuerhebesatz entsprechend gesenkt wird.

Freiburg hat schon heute übertrieben hohe Hebesätze bei Grund- und Gewerbesteuer. Jegliche weitere Erhöhungen, insbesondere auch bei der Gewerbesteuer, die Unternehmen und der Bevölkerung neue finanzielle Lasten auferlegen, lehnen wir konsequent ab. Dies gilt auch für die Einführung neuer Steuern; eine kommunale „Verpackungssteuer“ auf Einwegverpackungen und Einweggeschirr lehnen wir ab.

Kulturförderung weiterentwickeln, Neues unterstützen

Freiburg hat ein dynamisches und vielfältiges Kulturleben. Gerade die freien Träger leisten einen wertvollen Beitrag dazu. Städtische Zuschüsse können bewirken, dass Neues entsteht. Wir treten dafür ein, das etablierte System der Förderung freier Träger und unabhängiger Kulturschaffender weiterzuentwickeln: Die Transparenz der Förderung und der Kriterien dafür sollen verbessert, gewohnheitsmäßig verlängerte Zuschüsse evaluiert und größere Freiräume bei städtischen Zuschüssen gerade für neue Initiativen geschaffen werden. Co-Finanzierungsmodelle können helfen, Projekte langfristig auf eigene Beine zu stellen. Geförderte Programme sollten zudem öffentlichkeitswirksam auf die städtische Unterstützung hinweisen, um so das gesellschaftliche Gemeinschaftsgefühl zu fördern. Unser Ziel ist ein neues System für die städtische Kulturförderung.

Ein unkomplizierter Staat

Bürgernähe durch Digitalisierung verbessern

Die Verwaltung ist bürgernah, wenn sie einfach zugänglich ist und wenn sie schnell, unkompliziert und korrekt arbeitet. Das ist personalintensiv und folglich in Zeiten des Fachkräftemangels schwierig zu bewerkstelligen. Daher setzen wir uns dafür ein, dass die Verwaltung digitaler und noch serviceorientierter wird; und wir sehen im Einsatz von Künstlicher Intelligenz einen wesentlichen Ansatzpunkt für die bürgernahe Ausgestaltung von Prozessen in der Verwaltung: Viele Anträge und Verfahren lassen sich damit so automatisieren, dass Engpässe durch fehlendes Personal ausgeglichen werden können; Routineprozesse werden beschleunigt, und Mitarbeitende in der Verwaltung greifen nur dann ein, wenn wichtige Entscheidungen gefragt sind, etwa bei endgültigen Genehmigungen oder bei Problemen im Prozessverlauf. Uns geht es hier nicht um Personaleinsparungen, sondern um einen wertschätzenden und zielgerichteten Umgang mit bestehendem Personal in Zeiten, in denen nicht genügend neue Fachkräfte rekrutiert werden können.

Eine Verwaltung, bei der Bürgerinnen und Bürger von der Antragstellung, über die Bezahlung von Gebühren bis hin zum Erhalt von Genehmigungen oder Dokumenten alles bequem von zu Hause erledigen können, ist keine Science Fiction mehr, sondern sollte in der kommenden Amtsperiode des Gemeinderats Realität werden. Dank elektronischer Personalausweise mit Online-Identifizierungsfunktion oder auch dank der Einführung der Bund-ID sollten einfache Ausfüllhilfen von Formularen, die ausgedruckt, unterschrieben und wieder eingescannt werden müssen, bald der Vergangenheit angehören.

Das alles ändert aber nichts daran, dass auch direkt vor Ort und in persönlicher An- und Vorsprache Behördengänge für all diejenigen möglich sein müssen, die sich der digitalen Werkzeuge nicht bedienen können oder wollen.

Open-Data- und Open-Government-Strategie weiterentwickeln

Die Open-Data- und Open-Government-Strategie der Stadt Freiburg soll weiter ausgebaut werden. Open Data und Open Government bedeuten, dass nicht-unternehmensbezogene oder nicht-personenbezogene Daten der Verwaltung in maschinenlesbarer Form veröffentlicht und frei für alle zugänglich gemacht werden. Eine solche Offenlegung führt zu mehr Transparenz sowie zu einer besseren Möglichkeit zur öffentlichen Teilhabe. Denn nur, wenn Bürgerinnen und Bürger informiert sind, können sie auch an den Prozessen der Willensbildung teilnehmen. Für Unternehmen können öffentlich zugängliche Daten wertvolle Informationen zu Absatzmärkten und Standortentscheidungen bringen und neuartige und attraktive Angebote für Kunden ermöglichen.

Das Amt für Digitales und IT (Digit) hat einen ersten wichtigen Schritt mit der Erarbeitung der Digitalisierungsstrategie für Freiburg gemacht. Das Modellprojekt zum Thema Smart City oder das Projekt zum Thema Resilienzmanagement unter dem Titel FreiburgRESIST sind Beispiele für den Fortschritt in diesem Themenfeld. Wir werden den angestoßenen Prozess engmaschig begleiten und darauf bedacht sein, dass die Digitalisierungsstrategie ganz konkret umgesetzt wird.

Gemeinderat - transparent und digital gestalten

Zu einer gut funktionierenden Demokratie gehört eine gut informierte Öffentlichkeit. Um ein Höchstmaß an Transparenz zu gewährleisten und einen zeitgemäßen Einblick in die Arbeit ihrer Vertreterinnen und Vertreter zu geben, fordern wir die lückenlose, ungeschnittene Aufzeichnung aller öffentlichen Gemeinderatssitzungen als Video und Ton sowie das Angebot eines Live-Streams für an der Kommunalpolitik interessierte Menschen. Ebenso sind digitale „Chat-Fragestunden“ von Gemeinderat und Verwaltungsspitze eine Möglichkeit, eine neue Art der Bürgernähe herzustellen.

Das Land Baden-Württemberg hat einen Gesetzesentwurf angekündigt, der die letzten noch bestehenden rechtlichen Hürden und Bedenken ausräumen soll, um eine digitale Gremienarbeit zu ermöglichen bzw. zu erleichtern. Damit würde auch das kommunale Ehrenamt gestärkt und die Arbeit als Gemeinderätin oder Gemeinderat vielen Menschen überhaupt erst zugänglich gemacht.

Nachhaltigkeit durch Innovation

Umwelt, Energie und Klimaschutz ernst nehmen

Seit vielen Jahren gibt es in Freiburg ein stark ausgeprägtes Bewusstsein für Fragen der Ökologie und Nachhaltigkeit. Das Bekenntnis zum Klimaschutz ist für die Bevölkerung selbstverständlich, und die Lebensqualität in den Stadtteilen wird insbesondere davon abhängig gemacht, inwieweit Umweltbelange berücksichtigt sind. Attraktive Grünflächen und Naherholungsräume, zum Beispiel, dienen nicht nur dem Wohlbefinden der Menschen, sondern auch dem Gedeihen von Flora und Fauna. Daher kommt dem Schutz von Flächen eine besondere Bedeutung zu. Für landwirtschaftliche Flächen, die durch notwendige Baumaßnahmen verloren gehen, muss den Abgebenden in Kooperation mit den Umlandgemeinden gleichwertiger Ersatz geschaffen werden.

Mit dem Nachhaltigkeitsbericht wurde ein Monitoring eingeführt, das die Schritte des Weges zu einer nachhaltig agierenden Kommune messbar macht. Gleichwohl klaffen Anspruch und Wirklichkeit noch zu weit auseinander. Bei der Einsparung bei CO₂-Emissionen kommt Freiburg immer noch zu langsam voran, nicht zuletzt, weil der Ausbau der regenerativen Energien stockt. Die Potenziale der Windenergie müssen daher intensiver ausgeschöpft und der Ausbau der Solarenergie beschleunigt werden. Auch der Geothermie kann in den nächsten Jahren mit dem laufenden Erkundungsverfahren eine größere Bedeutung zukommen. Ferner kann durch den Einsatz von Wärmetauschern die vorhandene Wärmeenergie in den Freiburger Abwässern nutzbar gemacht werden, wie es zum Beispiel im neuen Stadtteil Dietenbach vorgesehen ist. Schließlich soll Holz als nachhaltiger Baustoff noch mehr Einsatz finden, und die Begrünung von Dächern und Fassaden soll zur Regel werden. Die Zahl der Autos wollen wir durch verbesserte Angebote und Anreize verringern, beispielsweise im Bereich des Carsharings und durch verbesserte ÖPNV- und Radverkehrsinfrastruktur.

Der Klimawandel wird in Freiburg von Jahr zu Jahr stärker spürbar. Neben Maßnahmen zur Verringerung der CO₂-Emissionen müssen wir die Anpassung an den Klimawandel voranbringen. Regenretention, Hochwasserschutz, Kühlung des öffentlichen Raums durch entsprechende Bepflanzung und Verschattung, Schaffung eines klimaresilienten Baumbestands sind nur einige beispielhafte Ansätze. Die Fortschreibung und Weiterentwicklung des Klimaanpassungskonzeptes werden wir voranbringen.

Auch private Haushalte sind gefordert mit der Ressource Wasser achtsam umzugehen: Zisternen im Garten können den Wasserverbrauch minimieren. Hier kann die Stadt über Programme analog zur Energiekarawane einen Beitrag zur Aufklärung leisten. Wir wollen auch prüfen, welche Optimierungspotenziale bei städtischen Gebäuden bestehen. Zusammengefasst wird dies unter dem Konzept der Schwammstadt Freiburg, das wir voranbringen wollen.

Zu einem qualitativen Wachstum gehört es auch, die so genannte graue Energie in die Überlegungen einzu beziehen; hier stehen wir noch am Anfang. Die Digitalisierung mit ihren innovativen Lösungen kann ein Bindeglied für Ökologie und Ökonomie werden. Investitionen in Umweltschutzprojekte lohnen sich längst nicht mehr "nur" für die Gesellschaft als Ganzes, sondern auch für private Investorinnen und Investoren.

Umwelt heißt aber auch, Lebensräume für die Tier- und Pflanzenwelt zu erhalten und auszubauen. Gerade das Insektensterben ist ein mahnendes Beispiel und zwingt uns zum Handeln. Wir müssen bei allen Tätigkeiten des Menschen auf die Auswirkungen in sensiblen ökologischen Gleichgewichten achten und auf Ausgleich bedacht sein.

Freiburgs Grünflächen nutzen

Freiburgs Grünflächen können noch besser und kreativer genutzt werden; für Dach- und Fassadenbegrünung gibt es einiges an Potenzial. Auch gibt es schlecht genutzte Freiflächen, wie der Mathilde-Otto-Platz im Rieselfeld, die zu grünen Inseln umgewandelt werden können. Demnächst spenden auf dem Maria-von-Rudloff-Platz neue Bäume Schatten, wo bislang Hitze herrschte. Und „Urban Gardening“, also die Nutzung von öffentlichen Grünflächen zum gemeinsamen Gärtnern, erschließt den öffentlichen Raum in einer neuen und kreativen Art. Der Gemeinderat hat ein Konzept für Grünflächen beschlossen, das wir gerne konstruktiv und kritisch begleiten.

Freiburg als Wissenschaftsstadt weiterentwickeln

Freiburg ist eine Stadt der Wissenschaft mit exzellenten Hochschulen und renommierten Forschungseinrichtungen. Wir wollen, dass Wissenschaft nicht nur in der Stadt stattfindet, sondern mit der Stadt vernetzt und Teil der Stadtentwicklung ist. Wissenschaftliche Erkenntnisse müssen verstärkt für kommunale Entscheidungsprozesse genutzt werden. Wir haben uns daher für einen "Ausschuss für Wirtschaft und Wissenschaft" eingesetzt. Und das war richtig und wichtig: Denn Wissenschaft und Forschung in Freiburg müssen sich in all ihren Facetten entwickeln können – von der Forschung bis hin zum Transfer in die Anwendung und ins wirtschaftliche und soziale Umfeld. Daher engagieren wir uns auch künftig für eine starke Vernetzung von Wissenschaft und Stadtgemeinschaft und für eine rationale, auf wissenschaftliche Expertise gestützte Entwicklung unserer Stadt.

Freiburg muss "Wasserstoffhauptstadt" werden

Freiburg hat eine einzigartige wissenschaftliche Kompetenz in der Zukunftstechnologie "Wasserstoff". Fraunhofer-Institute und Universität entwickeln Lösungen, die für die Energiewende und für den Klimaschutz entscheidend sein können; Millionen an Fördergelder fließen in Forschung und Entwicklung nach Freiburg. Und erste erfolgreiche Anwendungen in der Praxis - so die wasserstoffbetriebenen Fahrzeuge der Abfallwirtschaft - sind vorhanden. Wir sehen in der Entwicklung von wasserstoffbasierten Lösungen ein Zukunftsfeld, in dem sich Freiburg positionieren, international erkennbar profilieren und von dem es wirtschaftlich und gesellschaftlich profitieren kann. Wir unterstützen "Wasserstoff" in Forschung und Entwicklung als Standortfaktor für Freiburg und darüber hinaus als Treiber für die großen Themen der Transformation.

Sommer, Sonne, Solarenergie - Erfolge sichern und ausbauen

Solarenergie ist in Freiburg groß geworden - und leider auch wieder gestorben. Aber wir sehen eine neue Dynamik, innovative Forschung und geniale Lösungen für die nächste Generation der solaren Energiegewinnung. Diese Entwicklungen "vor der Haustür" dürfen wir nicht nur beobachten und begrüßen; wir müssen sie fördern, wo immer dies auf kommunaler Ebene möglich ist. Wir müssen Demonstratoren für technologische Innovationen unterstützen, die Vernetzung von wissenschaftlicher Forschung und wirtschaftlicher Entwicklung fördern und die Potenziale sowie vorhandene Lösungen entlang der gesamten Wertschöpfungskette für solare Energieproduktion und -anwendung deutlich machen. Das neue "Module-TEC" von Fraunhofer ISE am traditionsreichen Standort der M10 Industries AG auf der Haid ist ein Paradebeispiel dafür, das weiter ausgebaut werden kann. Wir setzen uns für eine aktive Förderung und Vernetzung von Forschungseinrichtungen, innovativen Unternehmen und produzierenden Betrieben im Solarsektor ein. Solarenergie kann und muss wieder zu einem wirtschaftlich wichtigen Faktor in Freiburg werden.

Innovation und Transfer fördern

Freiburg braucht einen sichtbaren und dynamischen Ort für Innovationen, an dem Wissenschaftseinrichtungen und Unternehmen auf zukunftssträchtigen Gebieten zusammenarbeiten können. So entstehen neue Anwendungen, nachhaltige Infrastrukturen, soziale Innovation und zukunftsfähige Arbeitsplätze. Wir wollen, dass die Stadt eine spürbare Rolle bei der Förderung von Innovation und Transfer an der Schnittstelle von Wissenschaft und Anwendung übernimmt, indem sie günstige Rahmenbedingungen schafft - durch Infrastruktur, steuerliche Förderung, Raum für Reallabore und vieles mehr. Eine "Vehicle-to-grid (v2g)"-Lösung im Bereich Elektromobilität - also die Anbindung von E-Autos an das öffentliche Stromnetz zu dessen Stabilisierung - könnte eines von vielen anderen Vorhaben sein, das in Freiburg aufgenommen, weiterentwickelt und angewandt wird.

Freiheit und Menschenrechte weltweit

Freiburg als offene Stadt erhalten

Freiburg ist eine offene und tolerante Stadt. Wir wollen, dass das so bleibt. Daher treten wir ein für einen fairen Umgang miteinander in der politischen Diskussion und im sozialen Zusammenleben. Wer die Unterstützung der Stadtgemeinschaft benötigt, soll diese bekommen; wir sind für die freie Entfaltung des Individuums. Für Chauvinismus, Antisemitismus, Muslimfeindlichkeit, Rassismus und Ressentiments ist in Freiburg aber kein Platz. Wir fordern alle dazu auf, sich am demokratischen Prozess zum Wohle der Stadt zu beteiligen, sich konstruktiv für das Gemeinwesen zu engagieren und die offene Gesellschaft zu schützen. Wir Freien Demokraten werden dazu unseren Beitrag leisten - im Gemeinderat sowie im gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Leben unserer Stadt.

Würde und Menschenrechte respektieren

Wir setzen uns für die konsequente Umsetzung von Maßnahmen zur Bekämpfung von Diskriminierung und die Förderung von Menschenrechten ein. Dies schließt die Entwicklung und Unterstützung von Programmen gegen Antisemitismus, Muslimfeindlichkeit, Rassismus, Sexismus und Queerfeindlichkeit ein. Hierzu braucht es Schulungen für lokale Behörden, Schulen und Gemeinschaften, um ein tiefgreifendes Bewusstsein für die Bedürfnisse und Herausforderungen von Betroffenen zu schaffen. Wir zielen darauf ab, eine inklusive und gerechte Gesellschaft zu schaffen, in der jede Einwohnerin und jeder Einwohner respektiert und geschützt wird, und in der Diskriminierung keine Akzeptanz findet.

Sicherheit schaffen, Bürgerrechte wahren

Das Thema Sicherheit bewegt viele in der Stadt. Statistisch dokumentierten Fortschritten bei der Kriminalitätsbekämpfung steht vielfach ein subjektives Unsicherheitsgefühl gegenüber. Wir stehen für eine neue Akzentsetzung in der städtischen Sicherheitsarchitektur, die individuelle Freiheit und Freizügigkeit als Grundwerte einer offenen Gesellschaft schützt, Prävention verstärkt und Transparenz sowie Aufklärung - etwa auf Grundlage wissenschaftlich fundierter und kriminologisch abgesicherter Information - betont. Sichere Mobilität - zum Beispiel durch das Programm der VAG "Abhol-Service per Telefon" (AST) und das FrauenNachtTaxi - und eine präventiv angelegte Gestaltung des öffentlichen Raums (Beleuchtung, Bepflanzung etc.) sind wichtige Maßnahmen, die wir unterstützen und nicht nur für die Innenstadt, sondern auch für die Quartiere fordern. Flächendeckende, anlasslose Videoüberwachung lehnen wir als ungerechtfertigten Eingriff in die persönliche Freiheit ab; wir fordern, sich im Einsatz befindende Überwachungsanlagen kontinuierlich auf ihre Daseinsberechtigung hin zu prüfen.

Eine Straße nach Alexej Nawalny benennen

Wir beantragen die Benennung einer neuen Straße beispielsweise im Stadtteil Dietenbach nach Alexej Nawalny. Damit tragen wir zur Erinnerung an die Bedeutung des Schutzes der Demokratie auch in Europa bei und würdigen einen der wichtigsten Freiheitskämpfer der heutigen Zeit, der mit seinem Aufenthalt im Schwarzwald und der Entstehung des Dokumentarfilms "Nawalny" hier im Dreisamtal eine besondere Beziehung zu Freiburg hat.

Polizeiarbeit wertschätzen

Wir unterstützen die Arbeit der Polizei. Und wir befürworten polizeiliche Maßnahmen zum Schutz vor Straftaten und zur Verfolgung von Sexual-, Gewalt- und Eigentumsdelikten sowie von Bandenkriminalität. Eine gut ausgestattete Polizei, deren Präsenz der objektiven Sicherheitslage entspricht, ist für die Sicherheit in der Stadt unerlässlich. Hier ist jedoch das Land gefordert; es darf nicht noch mehr Sicherheitsaufgaben auf die Kommunen abwälzen.

Rechtsordnung wahren

Rechtstaatlichkeit und Rechtsordnung sind nicht ins Belieben einzelner Personen oder Gruppen gestellt. Sie sind der verbindliche und verlässliche Rahmen für das Zusammenleben in unserem Land und in unserer Stadt. Der Selbstermächtigung, mit der mitunter Regeln missachtet werden; der Selbsterhebung, mit der manche sich über geltendes Recht hinwegsetzen; und der Selbstgerechtigkeit, mit der Übergriffe und Übertritte begründet werden, muss der geltende rechtliche Rahmen entgegengehalten werden. Besetzungen, Klebeaktionen, Sachbeschädigung gegen KFZ oder Demonstrationen, die behördliche Anordnungen missachten, können wir nicht dulden. Kritik und Protest finden dort ihre Grenzen, wo sie zu Gefährdungen oder zur Nötigung unter Berufung auf höhere Ziele werden. Wir fordern die Stadtverwaltung in all diesen Fällen auf, klare Grenzen zu setzen und geltendes Recht durchzusetzen.

Vollzugsdienst auf Aspekte der Sicherheit beschränken

Der Vollzugsdienst (VD) wurde zur Verbesserung der Sicherheitslage in Freiburg eingeführt. Wir halten diese Maßnahme für gerechtfertigt, sofern damit ein echter Sicherheitsgewinn erzielt werden kann und sie sich im Rahmen des "Freiburger Wegs" mehr auf Prävention denn auf Repression fokussiert. Sein Schwerpunkt sollte deshalb bei der Entlastung der Polizei und verstärkter Präsenz liegen. Die Weiterentwicklung des kommunalen Vollzugsdienstes machen wir von seinem Nutzen und seiner Akzeptanz abhängig. Ergänzenden Bausteinen wie den seit kurzem aktiven Nachtmediatoren stehen wir grundsätzlich positiv gegenüber. Alle Maßnahmen, die darauf abzielen, Interessen- und Nutzungskonflikte im Dialog und im Konsens zu lösen, haben eine Berechtigung, sofern sie eine nachweisbare Wirkung entfalten. Daher wollen wir auch all diese Bausteine jeweils evaluieren, um deren weiteren Einsatz und ggfs. Ausbau objektiv bewerten zu können.

Migration human begegnen

Auch Freiburg ist von den Migrationsbewegungen der letzten Jahre nicht unberührt geblieben. Es ist unsere humanitäre Pflicht schutzsuchenden Menschen zu helfen. Die Herkunft eines Menschen darf kein Grund für Ausgrenzung und Benachteiligung sein. Unser Ziel ist die Integration der hier lebenden Menschen in die Stadtgesellschaft. Dies kann bei plötzlichen Migrationsbewegungen natürlich zu Überforderung und Problemen führen, an konstruktiven Lösungen hierbei wollen wir mitarbeiten. Integration bedeutet auch unsere Gesetze zu achten. Wer dies anerkennt, ist bei uns willkommen. Fördern wir Austausch und Toleranz.

Europastadt Freiburg weiter stärken

Freiburg ist eine offene Stadt und eine Stadt Europas. Es bestehen vielfältige Beziehungen zu anderen Ländern in Europa und darüber hinaus Beziehungen auf persönlicher, gesellschaftlicher, administrativer, wissenschaftlicher und wirtschaftlicher Ebene. Wir wollen, dass dieser europäische Charakter der Stadt erhalten, ja weiter ausgebaut wird. Von besonderer Bedeutung ist dabei die Lage Freiburgs im Dreiländereck; sie bietet vielfältige Möglichkeiten der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit und des nachbarschaftlichen Austauschs. Freiburg hat das Potenzial, sich zu einem wichtigen Zentrum in der Europa-Region Oberrhein zu entwickeln, etwa auf den Gebieten Wissenschaft (European Campus) und Innovation, beim Tourismus, im Gesundheitsbereich und in der wirtschaftlichen Zusammenarbeit. Pendlerinnen und Pendlern wollen wir den Alltag erleichtern, zum Beispiel durch die Bahnstrecke Colmar-Freiburg. Neben diesem Großprojekt muss an der grenzüberschreitenden ÖPNV-Verbindung gemeinsam mit den betroffenen Kommunen gearbeitet werden. Das erleichtert auch die Zusammenarbeit im Rahmen des European Campus, der die Universitätsstädte am Oberrhein verbindet; und es fördert den Tourismus in der Region. Diesen wollen wir auch weiterhin durch eine gemeinsame Vermarktung des Dreiländerecks fördern. Aus diesem Grund freuen wir uns auch über kulturelle Projekte wie den Oberrheinischen Museumspass. Mehr Zusammenarbeit wünschen wir uns noch in der Bildung. Warum nicht Partnerklassen im Elsass vermitteln und gemeinsam digital voneinander die jeweils andere Sprache lernen? Gerade die Vernetzung im digitalen Zeitalter kann uns beim Zusammenwachsen helfen. Nutzen wir die Chancen; Freiburgs Zukunft ist europäisch!

Lebendige Städtepartnerschaften fördern

Städtepartnerschaften sind ein Instrument der Völkerverständigung, des Ausgleichs sowie der Friedens- und Freiheitssicherung. Freiburg unterhält vielfältige Partnerschaften mit Städten in 12 Ländern auf vier Kontinenten. Diese Partnerschaften werden unterschiedlich gelebt; allen gemein ist jedoch der Wille, den Austausch auf kommunaler Ebene auch jenseits möglicher Spannungen und Differenzen in der politischen Arena aufrechtzuerhalten. Wir wollen uns weiter für lebendige Städtepartnerschaften einsetzen, sie wenn möglich ausbauen, aber auch dort kritisch hinterfragen, wo die Lebensrealität den Werten von Freiheit, Demokratie und Selbstbestimmung widerspricht. Schließlich sind wir offen gegenüber weiteren Partnerschaften mit Städten in Ländern, in denen Begegnungen zwischen den Einwohnern und Vertretern der jeweiligen Bürgerschaften den interkommunalen Austausch als besonders wertvoll erscheinen lassen.

Solidarität mit Lviv und Tel Aviv-Yafo zeigen

Es ist schwer zu ertragen, dass unsere Partnerstädte Lviv und Tel Aviv-Yafo in ihrer Existenz durch Krieg und Terror bedroht sind. Wir stehen an der Seite unserer Partnerstädte, die ihre Freiheit gegen Aggression verteidigen. Gerade in dieser Situation unterstützen wir unsere Partnerstädte Lviv und Tel Aviv-Yafo nach den Möglichkeiten von Stadt und Stadtgemeinschaft. Wir sind stolz auf die bislang gezeigte Solidarität; wir wollen, dass dieses Engagement auch künftig die Unterstützung findet, die notwendig ist.

Freie Demokratische Partei Kreisverband Freiburg

Kaiser-Joseph-Straße 216, 79098 Freiburg
fdp-freiburg.de